

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 30 Pfg. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 2. Februar 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Form!

Es ist das Kennzeichen einer zugleich impotenten und ehrlichen Politik, die Form statt der Dinge zum Motiv politischer Entscheidungen zu machen. Der Gubernanten-Anstand, die Etiquettenfeinheit des Zeremonienmeisters, die einsfältige Sorge immerlich unmündiger Mütter, daß ihre kleinen Mädchen die äußerlichen Regeln der Schicklichkeit nicht verletzen, diese lächerlichen Nichtigkeiten werden zum Berühmte in Fragen, wo es sich nur darum handeln sollte: Wahrheit oder Lüge? Wer Anlaß hat, die Macht der Wahrheit zu fürchten, der sucht sie mit der Seidenschnur der „Form“ zu erwürgen.

Schon im Falle Delbrück beriefen sich die Sachwalter der Köller-Vosse-Politik — wir hatten diese Taktik vorausgesetzt — nicht auf die anstößige sachliche Meinung des Professors, sondern auf die verlegende Form, in die er seine Ansicht gekleidet.

Herr Vosse aber ist nicht nur ein Freund der Geistesfreiheit, sondern auch ein Fanatiker der feinen Form. Nur im Frack und weißer Binde, durchtränkt mit allen Wohlgerüchen der Salons, zierlich und zahm, das Haupt und die Weinkleider gescheitelt — so nur darf sich eine Meinung in die Öffentlichkeit wagen. Die gesammte Literatur der Welt, die Bibel und Luther's Streitschriften an der Spitze, leiden zum Erbarmen an groben ungeschicklichen Unschicklichkeiten. Wenn sie vor dem Minister Vosse Gnade finden sollen, so müssen sie erst in eine Fledermaus-Anstalt auf's Bügelbrett und unter die Brennscheere. Geistesfreiheit ist gut, aber es muß eine salonfähig gedulte, reichstagspräsidial zulässige Geistesfreiheit sein. Die Form, die Form!

Wenn die „Frk. Ztg.“ recht unterrichtet ist, so will man mittels der „Form“ auch der Privatdozentenchaft unseres Genossen Kron's ein Ende bereiten. Es klingt wie eine ergötliche Satire, aber es mag blutige Wahrheit sein, was das Blatt schreibt:

Das preussische Privatdozentengesetz wurde hauptsächlich mit der Notwendigkeit begründet, den sozialdemokratischen Privatdozenten Kron von der Berliner Universität zu befehlen. Nun ist es vielfach aufgefallen, daß die „Jox Kron's“ bereits seit länger als einem halben Jahre in Strafkraft steht, und daß gegen den Mann, welcher dem Gesetz seinen Namen gegeben, kein Gebrauch davon gemacht wird. Wir sind heute in der Lage, den Grund dafür anzugeben. Von einer Seite, an deren Zuverlässigkeit zu zweifeln nicht wohl möglich ist, geht uns die Mitteilung zu, daß die Absicht, Dr. Kron wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zu disziplinieren, aufgegeben ist. Und zwar ist sie deswegen aufgegeben, weil die Regierung sich Hoffnung macht, auf einem Umwege zu ihrem Ziele zu gelangen. Die Anklage soll nicht sowohl auf die Parteizugehörigkeit, als auf einzelne Meinungen begründet werden. Tatsache ist, daß im Ministerium ein Aktenstück besteht, in welchem jede zu erlangende Meinungsänderung des Verfolgten in öffentlichen Angelegenheiten gesammelt wird, nicht nur in Druckschriften, sondern auch polizeiliche Berichte über mündliche Äußerungen.

Wehe, wenn nun Genosse Kron's einmal von einem Ehrengespensist oder gar einem Eiertanz gesprochen haben sollte — Vosse's Partnervigkeit würde es nicht ertragen, und Kron's müßte hinaus!

Da jedoch nun die Form Sache des Geschmacks ist, und auch das nach oben schärfste Gehör nicht im Stande ist, mit Sicherheit zu urteilen, wo die zulässige Form aufhört und die disziplinarmeife Uniform beginnt, so wird sich Herr Vosse wohl entschließen müssen, mit Unterstützung der Herren Ballestrin, Frege und Arzböcher ein maßgebendes Handbuch des guten Tons zu verfassen, dann weiß wenigstens jeder, wie er seine Meinungen zu kostümieren hat.

Uebriens erinnern wir uns, daß Herr Vosse, bevor er Kultusminister ward, einmal eine formell äußerst scharfe Rede gegen die Überlichkeit der Rechtsstudien gehalten hat — ein Fall, der tröstlich beweist, daß auch ein Sinder der Form nach besserungsfähig ist, wenigstens wenn man ihn zum Minister macht. —

Politische Ueberblick.

Berlin, den 1. Februar.

Der Reichstag

verdankte dem Jesuiten Antrag heute eine scharfe Debatte über Aylrecht, Anarchismus, Spitzelerei. Scharf und kurz. Es war wie eines jener Sommergewitter, die plötzlich am heiteren Himmel aufsteigen, sich plötzllich entladen und ebenso plötzllich wieder verschwinden. Herr Lieber war's, der durch seine, vom Ueberreifer der Regierungsfreundlichkeit hervorgerufene Denunziation der Schweiz, dieser Mördergrube, den Sturm entfesselt hatte.

Rickert und, kräftiger als dieser, Vebel hielten Abrechnung mit Herrn Lieber, der einen wenig tapferen und noch weniger geschickten Rückzug antrat. Im Uebrigen wurde so gut wie nichts vom Jesuiten Antrag gesprochen, der glatt durachging und in den Papierkorb des Bundesraths wanderte, von wo das Zentrum den alten Badenhüter nächstes Jahr wieder hervorholen wird, um seine Wähler glauben zu machen, es gebe noch einen Kulturkampf. Den Konservativen sahen die von Vebel freundlich eröffnete Aussicht, daß das Schweizer

Aylrecht ihnen vielleicht einstweilen noch sehr willkommen sein werde, durchaus nicht zu gefallen.

Ueberhaupt war der heutige Tag kein Glückstag für die Herren Konservativen. Die Debatte über die freisinnigen Anträge zur Ermöglichung einer freien Wahl gestaltete sich zu einer Reihe von Anklagereden gegen die Regierungsparteien, in erster Linie gegen die Konservativen. Freisinnige, Nationalliberale, Zentrumsleute, Sozialdemokraten wetteiferten darin, die heutigen Zustände des Wahlwesens als aller Vernunft und Gerechtigkeit widerprechend zu kennzeichnen. Am eingehendsten und gründlichsten behandelte Genosse Auer das Thema, der als langjähriges Mitglied der Wahlprüfungs-Kommission das umfassende Stoffgebiet vollständig beherrschte. Die Aufhebung des Wahlgeheimnisses durch Anfarbe, Größe und Dicke von einander verschiedene Stimmzettel, durch Kontrolle in den Wahllokalen etc.; die Beeinflussungen, der Terrorismus, namentlich in den Domänen der Schlot- und Krautjunfer, die Ungleichheit der Wahlkreise, die Sucht, unbequeme Wahlagitation zu grobem Unfug zu stampeln — die Agitation gegen das allgemeine Wahlrecht — nichts blieb unerwähnt.

Natürlich konnte Herr v. Stumm nicht schweigen. Er machte seinem Groll gegen das allgemeine Wahlrecht Luft, das durch die geheime Stimmabgabe zur Schule der Unmännlichkeit und Korruption werde. Dem Jar von Saarabien erging es aber schlecht. Er wurde von dem streitbaren Kaplan Dabach, der Stumm's saubere Praktiken bei der letzten Wahl enthüllte, geradezu geschunden. Umsonst polterte er und klagte über Verleumdungen — es war eine förmliche Abschlagung. Als der Kampf zu Ende war, lag eine Leiche auf dem Schlachtfeld. Und es war nicht der sterbenslustige Graf Altdorff, sondern der besiegte König von Neunkirchen, der die Wahlstatt schmückte und auf dessen unglückliches Haupt schließlich noch ein Ordnungsruf niedergesaut war. Mitleidig betrachtete Graf Limburg-Sitrum den toden Freund, nachdem er selber durch feierliches Abschwürzen aller Verschwörungspläne gegen das allgemeine Wahlrecht sich in die Sicherheit des Mauelochs gebracht hatte.

Mit großer Mehrheit ging der Antrag Rickert durch. Nicht das erste Mal und nicht das letzte Mal. Die freie Wahl gehört nicht zu den theoretischen Fragen — sie ist eine der Machtfragen, die nicht diskutiert, die dekretiert werden, sobald das Volk die Macht hat.

Morgen katholischer Feiertag und folglich keine Sitzung. Freitag: Post-Stat. —

Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause hat heute endlich den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung zu Ende beraten, nachdem bei dem Titel „Ministergehalt“ noch einige Stunden hindurch das agrarische Gerede der letzten Tage fortgesetzt war. Neues brachte kein Redner mehr vor. Bei den übrigen Etatpositionen beschränkte sich die Debatte fast ausschließlich auf lokale Wünsche.

Auch der Forst-Etat wurde ohne Zwischenfall in zweiter Beratung erledigt.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die erst am Freitag stattfindet, steht die zweite Lesung des Gehalts-Etats, kleinere Vorlagen und das Lehrer-Mittelgesetz.

Der Spiritusring.

Es wird uns geschrieben: Noch ist das Spiritusmonopol nicht fertig. Noch tobt der Streit. Bezeichnend ist da das Verhalten der freisinnigen Blätter.

Wir sind gewiß die letzten, die die Wünsche der heutigen Kartellbildungen ruhig hinnehmen würden, die nicht gegen alle Angriffe auf die Taschen der Konsumenten Opposition machten, aber gerade weil wir diesen Konsumenten-Standpunkt vertreten, muß es uns ausfallen, wie die liberale Presse allen Kartellbildungen auf industriellen und gewerblichem Gebiete gegenüber den Mund hält, während sie jetzt ein Geschrei erhebt, als ob eine Haupt- und Staatsaktion vor sich ginge. Da muß man denn doch fragen: Was ist der Grund zu der verschiedenen Behandlung des Zusammenschlusses wirtschaftlicher Interessenten?

Ist es diesmal etwa die erbitterte Feindschaft gegen die Junker, denn in der That sind bei dem geplanten Spiritusmonopol-Projekt auch Schnapdbrenner beteiligt. Das ist kaum anzunehmen, denn in der Hauptsache sind es südtische Spiritusfabrikanten, von denen der ganze Plan ausgeht. Die Sache liegt wohl anders. Nach dem Projekt bilden sich zwei geschlossene Gruppen, diejenige der Brenner und diejenige der Spiritusfabrikanten. Die ersteren liefern den letzteren die Rohwaaren, für welche die Spiritusfabrikanten einen angemessenen Vorschuß zahlen, der zum größeren Teil den einzelnen Brenneren für ihre Lieferung zugeweiht wird. Ein bestimmter Preis wird den Brenneren nicht garantiert, vielmehr erhalten sie außer ihrem Vorschuß erst nach Abrechnung des Geschäftsganges der ganzen Kampagne den auf sie entfallenden vollen Anteil. Bei dieser Neuordnung der Dinge würde der Spiritus direkt von der Brennerei zum Spiritusfabrikanten gehen. Den Vertrieb zwischen Brennerei und Spiritusfabrik übernimmt ausschließlich die sogenannte Wertverteilungsgesellschaft, die im Mittelpunkt des ganzen Spiritusmonopols steht. Gelingt der hier gezeichnete Plan, so ist klar, daß sämtliche bisherigen Zwischenhändler, die sich zwischen Brennerei und Spiritusfabrik einschoben, in Zukunft ausgeschaltet werden. Die Produzentenbändler und der eigentliche Spiritushandel würden durch Verwirklichung des Planes einfach an die Wand gedrückt. Die Zahl der am Spiritushandel interessierten Firmen und Einzelpersonen ist aber gerade in Berlin eine ungemein starke. Daß diese sich daher aus allen Kräften wehren, daß sie dazu in Berlin die günstigste Gelegenheit haben, durch die Presse ihre Opposition geltend zu machen, das macht den Sturm der liberalen Presse gegen das Monopol so außerordentlich lebhaft.

Nun verdienen wir es keineswegs irgend welchen wirtschaftlichen Interessengruppen, daß sie sich ihrer Haut wehren. Wir verdienen es auch der liberalen Presse nicht, daß sie gegen dieses

Monopol mit ganz besonderem Alarm auftritt. Aber wir halten dafür, daß die Erregung gerade über dieses Monopol in seiner Weise begründeter ist, als über jeden anderen Zusammenschluß von Produzenten. Man möge sich doch endlich mit der Tatsache vertraut machen, daß die Bildung von Kartellen, Syndikaten, Ringen und Monopolen keineswegs auf persönliche Motive allein zurückzuführen ist, sondern Folge-Erscheinungen der ganzen heutigen wirtschaftlichen Entwicklung sind.

Wir sind nicht gegen den Zusammenschluß der Produzenten an sich. Wir sehen in ihm sogar einen wirtschaftlichen Fortschritt, der allerdings heutzutage in den meisten Fällen den Interesse Weniger zu gute kommt. Aber dieser Umstand veranlaßt uns nicht zu einer grundsätzlichen Opposition gegen das Kartellwesen überhaupt, vielmehr zu der Forderung, daß die Gesetzgebung genötigt wird, die Bildung der Kartelle so zu regeln, daß alle Auswüchse möglichst ausgeschlossen, daß namentlich die Interessen der Konsumenten nicht verletzt werden. Gründe zu einer vollständigen Unterdrückung und Verhinderung des Kartellwesens können wir nicht anerkennen. Mag das neueste Projekt auch einen agrarischen Charakter tragen, so behandeln wir es doch von dem nämlichen Standpunkt aus, wie z. B. das Kohlenkartell. Wie wir für das letztere eine scharfe Aufsicht seitens des Staates verlangen, so würden wir sie auch für das Spirituskartell fordern. So lange man aber in Deutschland die Notwendigkeit gesetzgeberischen Eingreifens auf diesem Gebiete nicht anerkennt, so lange werden wir uns darauf beschränken müssen, nicht die Kartelle als solche zu bekämpfen, sondern vielmehr ihre Auswüchse den Konsumenten und auch den Arbeitern in ihrer Stellung als Produzenten gegenüber aufzuzeigen und dadurch zu der Erkenntnis beizutragen, daß Kartelle unsere heutige bestehende wirtschaftliche Ordnung in ihrem Prinzip negieren und daher einer besonderen legislatorischen und öffentlich rechtlichen Behandlung bedürfen.

Deutsches Reich.

Wahlrechts-Umschwärzer. Vor den Wahlen war niemand auch nur in Gedanken fähig, das Reichstags-Wahlrecht anzufassen. Konservativ Kandidaten erklärten öffentlich mit Namensunterzeichnung, daß sie für die Aufrechterhaltung des bestehenden Rechts immerdar eintreten würden. Nach den Wahlen darf man wieder sagen, was man denkt, und die Wahlrechtswächter versprechen wieder ihren Geist gegen die verhasste Einrichtung. So schreibt die „Schlesische Zeitung“:

Der Vergleich mit dem Abgeordnetenhause muß mit der Zeit bei allen besonnenen Bürgern — die Sozialdemokratie selbstverständlich immer ausgenommen — gar zu sehr zum Nachteil des Reichstages ausfallen. Würde die öffentliche Meinung den Eindruck haben, daß das bestehende Wahlrecht nur auf Kosten des Ernstes und der Gewissenhaftigkeit in der Aufzählung und der Erfüllung der parlamentarischen Aufgaben aufrecht zu erhalten sei, so würde es doch wohl recht fraglich werden, ob ihr das Wahlrecht für alle Ewigkeit unantastbar erscheinen würde.

Im preussischen Abgeordnetenhause feiert die Reaktion gegenwärtig Orgien. Niemals haben sich die Feinde der Volksherrschaft so leb hervorgezeigt und so stark gefühlt wie gerade jetzt. Dieselben Staatsmänner, die im Reichstage dem Kultus der verehrtesten Geistesarmuth huldigen, geben sich im preussischen Abgeordnetenhause in der ganzen hüllenlosen Nacktheit ihres schönen Menschenthums hin. Und auch die Parteien erscheinen im Abgeordnetenhause um mindestens 50 pCt. reaktionärer als im Reichstage. Insbesondere sind die Nationalliberalen, die am Königsplatz gelegentlich sogar liberal schillern, in der verlängerten Zimmersprache so rückständig, daß sie getrost unter die „vergangenen“ Altersstümer des benachbarten Museums für Völkerkunde ausgenommen werden können.

Die preussische Landrathskammer ist das Ideal unserer Rückwärtler, das junoos-brutale Wahlrecht ist ihnen das Ziel tiefster Sehnsucht. Man hat allen Anlaß, diesen stetigen Wählerreien gespannte Aufmerksamkeit zu widmen. —

Auf dem Indez. Die Bismarckischen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben:

In der Zeit, in der der General-Feldmarschall von Manteuffel Statthalter von Elsaß-Lothringen war, führte Fürst Bismarck eine lebhaft Korrespondenz mit ihm über die wichtigsten politischen Fragen. Die Briefe waren fast durchweg privater Natur, und so kam es, daß sie im Besitz des Feldmarschalls verblieben und nach dessen Tode mit seinem übrigen kostbaren Besitz den Erben anheimfielen. Ein Berliner Bankier und Autographensammler erlangte sie von den Erben für den Preis von 40 000 Mk. Das kam zur Kenntnis eines in der Bismarck-Literatur sehr bekannten Mannes. Er wandte sich an den Besitzer des kostbaren Materials mit der Bitte, ihm die Durchsicht der Briefe zu gestatten; nicht nur diese Erlaubnis, sondern sogar die Anfertigung von Abschriften wurde in Aussicht gestellt. Ehe aber an die Ausführung geschritten wurde, wandte sich der Bankier, der außer mit einem Teile des hohen Adels auch mit dem preussischen Hofe zu thun hat, an das preussische Hausministerium mit der vertraulichen Anfrage, ob von dieser Seite nichts im Wege stehe. Da wurde ihm der Bescheid, er würde durch die Ermöglichung einer Veröffentlichung jener Briefe des Fürsten Bismarck allerdings seine geschäftlichen Beziehungen zum Hausministerium gefährden. Infolge dessen bat der Bankier den Fürstler höflich um Entschuldigung, daß er seine Zusage nicht erfüllen könne; jene geschäftlichen Beziehungen seien für ihn aber doch zu werthvoll, und so wolle er den eigenartigen Schatz von Bismarckbriefen dann lieber unbekannt in seiner kostbaren Autographensammlung liegen lassen.

Der Manteuffel'sche Nachlaß, der wegen des auch durch die reiche Kriegsdotation und die Ueberlassung des einträglichsten Verwaltungsbeamten-Postens nicht verminderten Vermögensverfalls verhöflet worden ist, soll überhaupt die gefährlichsten „Papierchen“ enthalten, vor deren Veröffentlichung die Interessenten reichsdeutscher Legendenpolitik stetig zu zittern haben. Insonderheit wird der „Sammler des Deutschen Reiches“ heute mit allen Mitteln der Möglichkeit beraubt, seinem Volke das Vermächtnis seines Genus zu offenbaren. Die Schreiberzeugnisse Bismarck's stehen heute oben auf dem Indez

Der verbotenen Schriften. Der Geist des Sozialistengesetzes leidet sich nun wider seinen Schöpfer und Bismarck gilt als der Unstirzler Oberster.

So erklärt sich auch die Unterdrückung des dritten Bandes der „Memoiren“, der zwar von der „Königlichen Zeitung“ offiziös aus der Welt geredet ist, aber existiert und — droht.

Der Leiter der „Stuttgarter Union“, die Bismarck's Memoiren verlegt hat, Kommerzienrat Kröner erklärt eine längere Erklärung, in der er die Vorwürfe zurückzuweisen sucht, daß er Werte zu ihrer Verkauf und geschmacklos angefertigt habe. Von dem 3. Band der Memoiren sagt der Herr nichts, obwohl die Rolle des Verlags in dieser Angelegenheit merkwürdig genug ist.

Ein neuer Fall Rohe. Die Familie Rohe hat Unglück. Ihre Familienmitglieder kommen entweder in den Verdacht, unpassende Dinge zu schreiben, oder man sagt ihnen dito Neben nach. Der Landrat v. Rohe, ein Verwandter des Zeremonienmeisters, soll, wie wir neulich erwähnten, eine Kaiser-Geburtstagsrede gehalten haben, in der er von allerlei Thaten und Meinungen des Monarchen Vertrauliches zu berichten wußte.

Herr v. Rohe irt nun verzweifelt in Berlin umher und demontirt sich durch alle Sammelstellen der öffentlichen Meinung hindurch. Auch die „Kreuz-Zeitung“ erklärt auf das Bestimmteste, daß sich die politischen Auslassungen jener Rede lediglich auf eine Wiedergabe der letzten Sitzberathungen des Abgeordnetenhauses beschränken, und daß die weiteren hineingeflochtenen Bemerkungen auf einem Mißverständnis des Berichterstatters beruhen.

Herr v. Rohe hat die Kunst des Demontirens offenbar Herrn Reinhardt Schmidt abgelauscht.

Warum berichtet er nicht auf Grund des § 11 in der „National-Zeitung“, der wir die Rede verdanken, die Mißverständnisse?

Eine Statistik der Majestätsbeleidigungen-Verurtheilungen veröffentlicht die „Volk-Zig.“ für den Monat Januar. Die Liste verzeichnet für diesen Monat 48 verschiedene Fälle, kann aber natürlich auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen, da nicht alle in Deutschland verhandelten Fälle zur Kenntniß weiterer Kreise zu gelangen pflegen. Immerhin würde dieser eine Monat, trotz der Unvollständigkeit der Liste, auf einen Jahresdurchschnitt von 678 Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung schließen lassen. Die verhängten Strafen übersteigen 17 Jahre, was auf ein Jahresquantum von ca. 200 Jahren Gefängnißstrafe schließen lassen würde.

Stumm als sozialistischer Agitator. Die „Post“ will künftig für die Sozialdemokratie agitieren. Sie schreibt aus Anlaß der letzten „Zukunftstaats“-Debatte im Reichstage:

„Auch dieser Vorschlag beweist aufs Neue, wo im Augenblick der wunde Punkt der Sozialdemokratie zu finden ist, und daß es demgemäß die richtige Taktik sein wird, immer wieder die letzten Ziele der Sozialdemokratie zu beleuchten und damit die Ueberzeugung wach zu erhalten, daß diese nur durch gewaltsamen Umsturz zu erreichen sind.“

Obwohl wir nicht hoffen, daß wir in dem Leserkreis der „Post“-Anhänger finden werden, so wollen wir doch nicht undankbar für diese angebotene Hilfe sein. Als bestes Mittel, die letzten Ziele der Sozialdemokratie immer wieder zu beleuchten, empfehlen wir der „Post“, allwöchentlich unser Programm abzurufen. Sie wird dann bald sehen, daß sie sich die Mühe der Beleuchtung ganz ersparen kann, weil das Programm über ausreichende eigene Leuchtkraft verfügt.

Militärpatrouillen in Wirthshäusern. Darf die Militärbehörde wider den Willen des Wirths Gasthäuser durchsuchen? Die Frage ist von der Darmstädter Strafkammer in Hessen verneint worden.

Das dortige Gasthaus zur „Goldenen Rose“ steht unter Militärpatrouille. Am 9. Oktober v. J. kam in das Lokal eine Militärpatrouille, um zu revidieren. Der Wirth weigerte sich, die nach seiner Ansicht unrechtmäßige Revision zu dulden und wies den führenden Unteroffizier kurzer Hand aus dem Lokal. Dabei soll er — nach der „Frankf. Zig.“ — mit einem Druck auf dessen Schulter nachgeholfen haben. Die Folge war auf Antrag der Stadtkommandantur eine Anklage wegen Widerstandes.

Der Staatsanwalt stellte fest, daß nach Artikel 13 der Militärkonvention und nach Artikel 4 und Folge des Gesetzes vom 27. November 1872 die Militärbehörde nicht berechtigt sei, im Grobherzogthum Hessen die Revision von Lokalen durch Patrouillen auszuüben, und daß alle Garnisonsvorrichtungen und Wachinrichtungen, soweit sie jenen Bestimmungen nicht entsprechen, für Hessen unzulässig seien.

Der Gerichtshof kam demgemäß zu einem freisprechenden Urtheil, da der Patrouillenführer sich nicht mehr in der rechtmäßigen Ausübung der Amtsgewalt befunden habe, nachdem der Wirth eine Durchsuchung seines Lokals nicht gestattet.

Ein Judenbretter. Wie bürgerliche Blätter melden, hat der schlechte Großgrundbesitzer und Amtsvorsteher Graf Pückler in Klein-Tschirne ein Flugblatt verbreiten lassen, in dem es heißt:

„Der Deutsche ist gutmüthig und geduldig, freundlich und langmüthig lange Zeit; aber wenn sein Horn einmal erwacht, dann ist er furchtbar und nicht mehr zu bändigen; dann erhebt er die gewaltige Rechte zum Schlag und drischt und drischt und drischt, so lange, bis es nichts mehr zum Zerhauen giebt, bis das Judenthum vernichtet und zerstreut im Staube liegt. Dann wehe unseren Feinden vor diesem Ansturm der deutschen Männer; lange genug hat der Bauer geklitten unter dem schurkischen Börsenspiel der jüdischen Spekulanten, lange genug hat der Handwerker gekämpft unter der furchtbaren Konkurrenz der Judenbände. Der Tag der Ueberwindung ist gekommen.“

Wie gesagt, der Mann ist Amtsvorsteher, also Gesehewächter. Das scheint ihn aber in seinen zornemüthigen Droschegedanken zum Zerhauen der Judenbände nicht weiter zu führen.

Zum Kapitel vom groben Unfug. Die „Frankische Tagespost“ in Nürnberg hatte am 10. Dezember vor. J. ein satirisches Gedicht gebracht, betitelt: „Rezepte für Redakteure“, worin der Wirth, den gewisse Staatsanwälte gegenüber der Presse zeigen, ins Lächerliche gezogen und den Redakteuren angethan wird, wie sie sich, um die Klappen der Strafparagrafen zu vermeiden, auszubüden hätten, wenn ihnen z. B. von einem kranken Fürsten, dessen Magen ihm viel Beschwerde macht, telegraphirt werde, was man in dem revolutionären Darm gehört habe. Die Schlussverse lauteten:

„Ja, so was hat seine Kliden und Läden; wie würdest Du es nun wohl ausdrücken? Schon, ich sag' Dir's gut und kurz: Soheißt lich einen **Censur**.“ Darin nun erblinde der Staatsanwalt in der fürth groben Unfug und auf seine Veranlassung wurde dem verantwortlichen Redakteur Genossen Gärtner ein Strafbefehl zugestellt, der auf 100 M. Geldstrafe oder 30 Tage Gefängniß lautete. Die Nürnberger Staatsanwaltschaft hat das Gedicht unbeanstandet gelassen. Gegen den Strafbefehl wird Einspruch erhoben werden.

Last alle Doffnung fahren! Massenhaft laufen im Bureau des Abgeordnetenhauses und bei den einzelnen Abgeordneten des Saufes Petitionen der Unterbeamten und der mittleren Beamten ein bezüglich der zur Verhandlung stehenden Befoldungsverbesserungen. Aus den Verhandlungen der Budgetkommission aber tritt schon jetzt deutlich hervor, daß der scharfen Weisung des Finanzministers v. Miquel folgend, die konservativen Parteien, überhaupt die Mehrheit der Kommission, angeschlossen sind, alle Venderungen an dem von der Regierung aufgestellten Befoldungsplan abzulehnen.

Für die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe im Jähre am Montag, den 13. I. M., 12^{1/2} Uhr, veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ folgendes Programm: Nach der Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden v. Wangenheim wird der Vorsitzende Dr. Köfide die Gedächtnisrede auf Herrn v. Bly halten. Dr. Hahn bringt den Geschäftsbericht und eine Darlegung der

Stellung des Bundes der Landwirthe zur gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage in Deutschland. Alsdann spricht voraussichtlich der Reichstags-Abg. Schrenpf über: Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Ausland und ihre Auswirkung auf die deutsche Landwirtschaft.

Krieg und Eisenbahn. Eine große Konferenz fand unter dem Vorsitz des Chefs des Generalstabes Grafen Schlieffen statt, an der zahlreiche höhere Offiziere und Beamte des Ministeriums für öffentliche Arbeiten theilnahmen. Es handelte sich um die Erörterung der Frage, ob die Eisenbahnen im Stande sind, im Kriegsfall allen militärischen Ansprüchen zu genügen.

Von der dritten Note des Jaren weiß man der „Post“ zufolge an unterrichteter Stelle nichts. Sie wird schon kommen; denn das Notenschieben ist eine angenehme Beschäftigung, die den Geist schärft und das Gemüth erheit.

Ueber neue Uniformzeichen werden, wie es heißt, Erwägungen gepflogen. Danach sollen wieder einmal die Rangabzeichen, Gradstern, Epaulettts auf den Mänteln bezogen, Paletots der Offiziere geändert werden. Um ein entsprechendes Abzeichen zum Parade-Anzug zu haben, ist in Erwägung genommen, daß die Offiziere silberne Rangstern erhalten, wie sie von den Flügeladjutanten getragen werden. Man ist sich noch nicht schlüssig, ob man nach russischer oder nach österreichischer Art „reformirt“ soll. — Für die Steuerzahler sind diese „hochwichtigen Erleichterungen“ ziemlich gleichgültig, sicher ist für sie nur soviel, daß sie wieder zahlen müssen für Neuerungen, die nur im Interesse des Parade-Pomps liegen.

Kanalbau. Der Provinzial-Landtag der Rheinprovinz hat die Vorlage betreffend den Verbindungskanal vom Dortmund-Emskanal zum Rhein heute mit großer Mehrheit angenommen.

Braunschweig, 1. Februar. Der Landtag lehnte den Antrag auf besondere Besteuerung der Waarenhäuser ab, weil der vorliegende Antrag praktisch undurchführbar sowie das Vorgehen Preußens abzuwarten sei.

Stuttgart, 1. Februar. Der Landtag ist heute auf mehrere Wochen vertagt worden.

Soldaten-Selbstmord. Ein Soldat des in Zabern (Elsas) garnisonirenden Infanterieregiments Nr. 89 hatte sich vor einigen Tagen krank gemeldet. Der untersuchende Militärarzt glaubte jedoch den Angaben des Mannes über die Art seiner Erkrankung keinen Glauben schenken zu dürfen und erklärte ihn für einen Simulanten. Die Folge hiervon war eine mehrtägige Arreststrafe. Dies nahm sich der junge Vaterlandsvorkämpfer so zu Herzen, daß er sich am Abend von Kaisers Geburtstag, während seine Kameraden beim Festtag waren, mit dem Dienstgewehr erschoss.

Die Kunst zu hängen. Der Graf Solichowski soll dem österreichischen Konsul in Sansibar, Paumann, wegen seiner Galgenstricken eine scharfe Rüge zu theil werden lassen. Die Feststellung des Thatbestandes scheint uns wichtiger als ein noch so ungnädiges Ministerialreskript.

Ausgewiesen sind am Dienstag in der Umgegend von Pöchlund 19 Dienstboten, dänische Unterthanen, deren Arbeitgeber einer dänischen Versammlung in Vranterup beigewohnt hatten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Bei der letzten Reichstagswahl hatte ein Löbner in Freiwaldau (Schlesien) sich eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung zugezogen, weil er in einer konservativen Wählerversammlung beim Hoch auf den Kaiser sitzen gelassen sein sollte. Da der Verreckende jedoch nachweisen konnte, daß er überhaupt nicht in der Versammlung gewesen hatte, sondern, weil er zu spät kam, während der ganzen Dauer der Verhandlung stehen mußte, wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt und der Denunziant?

Der Podobder Jürgen aus Penzlin wurde vom Landgericht Gütrow wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten zwei Wochen Gefängniß verurtheilt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Vertagung des Reichsraths. Aus Wien wird unterm 1. Februar gemeldet:

Mittels Zuschrift des Ministerpräsidenten an die Präsidien der beiden Häuser des Reichsraths vom heutigen Tage wird die Vertagung des Reichsraths auf Grund allerhöchsten Auftrages ausgesprochen.

Nach der „Neuen Freien Presse“ nimmt man in politischen Kreisen an, daß die Vertagung bis zum Herbst dauern wird. Inzwischen wird der Ausgleich mit Ungarn auf Grund des § 14 erlassen werden. Auch sonstige legislative Akte werden auf Grund des § 14 im Falle von Dringlichkeit promulgirt werden. Ende Februar sollen die Landtage zusammentreten. Die Delegationskession wird erst für Ende November in Aussicht genommen.

Schweiz.

Zürich, 31. Januar. (Sig. Ver.) In Ulter bei Zürich fand am Sonntag eine von circa 400 Personen besuchte „demokratische“ Versammlung zur Besprechung der Doppelinitiative und zur Stellungnahme der ganzen kantonalen Partei dazu statt. Der abtrünnige Streber Dr. Amster vor die Präsidenten der freisinnigen Parteipartei Forrer referirte über die Volkswahl des Bundesrathes und Nationalrathes Geilinger von Winterthur über die Proportionalwahl des Nationalrathes. Nachdem die Vertheidiger der Doppelinitiative geradezu vergeblich und zum großen Theil an der Abstimmung verhindert wurden, verwarf die Versammlung mit 178 gegen 81 resp. mit 157 gegen 66 Stimmen die Doppelinitiative. Unter den Gegnern waren auch zahlreiche Konservative, die unbeanstandet mitstimmten. Die demokratische Partei des Kantons Zürich hat damit aufgehört zu existieren, es giebt nur noch eine „freisinnig-radikale“. — Die sozialdemokratische Initiative auf Einführung der Proportionalwahl des Großen Stadtrathes in Luzern wurde am Sonntag in der Volksabstimmung mit 2000 gegen 1000 Stimmen verworfen. Für unsere Genossen ist dieses Resultat ein glänzender Achtungserfolg. — Die rohen und gänzlich unmotivirten Ausfälle Dr. Lieber's im Reichstage auf die Schweiz, „wo man Königs- und Frauenmörder wild herumlaufen lasse“ hat in der ganzen Schweiz viel böses Blut gemacht und auch von katholischer Seite in der Presse scharfe Zurückweisung gefunden. Die St. Galler „Nid-Schweiz“ erinnert an das kräftige „Fui“, das das Zentrum 1875 Bismarck entgegen geschleudert, als er Kullmann der Partei anhängen wollte. Der Riffinger Arentäter tangirte aber wenigstens äußerlich zum Zentrum, während die Königsmörder der Schweiz nicht angehören. Und was die Frauenmörder angeht, so ist der Schuß der Frau in der Schweiz ein weit besserer und ausdauernder als in Deutschland. Der Grund des Ausfalles sei der Verrag darüber, daß nicht deutsche Jesuiten an die katholische Universität in Freiburg berufen wurden.

Frankreich.

Paris, 1. Februar. Esterhazy wurde gestern Abend von dem Generalprokurator Ranaun davon in Kenntniß gesetzt, daß sein Verhör vor der Kriminalkammer beendet sei und daß ihm zugestanden freie Geleit innerhalb 24 Stunden aufhöre. Nach Ablauf dieser Frist werde die von Stenulus gegen ihn geführte Untersuchung wieder aufgenommen. Esterhazy reiste um 9 Uhr Abends ab. — Amedeo der Beaupeire verlangt in dem „Echo de Paris“ Disziplinarmassregeln gegen gewisse Mitglieder der Kriminalkammer, welche sich ostentativ gegen die Anklagen verhalten hätten.

England.

Das Haus Stuart hat immer noch in England Anhänger. Sie haben das Jubiläum der Hinrichtung Karls I. nicht vorübergehen lassen, ohne sein Denkmal festlich zu bekränzen. Gegen solche „hochverrätherischen“ Thaten haben in England Polizei und Gericht nichts einzuwenden.

Belgien.

Brüssel, 30. Jan. (Eigener Bericht.) Die Minister des und Ruffens sind bekanntlich deswegen aus dem Minist. ausgetreten, weil sie die Leopold'sche Wahlrechtsverflechtung nicht mitmachen wollten. Jetzt sollten die Abgehenden durch zu ei der reaktionärsten Kammermitglieder ersetzt werden. Schließlich hat man es aber doch wohl nicht gewagt, und das neuformirte Ministerium erklärte, daß es durch keine Formel gebunden sei, das „Uninominalsystem“ vertreten zu müssen. Noch mehr! Die zwei neuen Minister erklärten, Gegner dieses Systems zu sein. Die Projekte des Königs haben überall, auch im liberalen Lager, allgemeinen Widerspruch hervorgerufen. Jetzt will er, wie es heißt, dem Volke „ein Binominalwahlrecht“ aufzwingen, das natürlich auf eben soviel Widerstand stößt. Die Forderung in dieser Protestbewegung haben die Sozialdemokraten. Der Ausschüß der Partei hat in seiner heutigen Sitzung eine Parole ausgegeben, in der es heißt, daß die Partei gegen alle von dem König in Vorschlag gebrachten Systeme protestirt. Sie alle verfolgen nur den Zweck, eine liberal-doktrinaire Mehrheit im Parlamente zu Stande zu bringen. Die sozialdemokratische Partei werde nur das Proportionalwahlrecht, kombiniert mit dem allgemeinen Wahlrecht, anerkennen und energisch für die Eringung desselben kämpfen.

Bulgarien.

Die Ministerkrisis ist gehoben, nachdem es gelungen ist, ein neues Kabinet wie folgt zu bilden: Grewow Präsidium und Außenminister, Radostawow Inneres, Direktor des statistischen Bureaus Jwanitschow Unterricht, Zontschew öffentliche Arbeiten, Direktor der Nationalbank Lereow Finanzen, Ratschowskij Handel und Ackerbau, Pischew Justiz, Oberst Papirow Krieg; dem neuen Kabinet gehören 4 Radostawowisten und 4 Parteilose an.

Asien.

Freilassung der spanischen Gefangenen. Eine Depesche des General Nicos meldet nach Madrid, die gefangenen Offiziere und Soldaten auf der Insel Negros seien in Freiheit gesetzt worden; die Schritte zur Freilassung der Gefangenen in Ho-Ho würden fortgesetzt.

Auf den Philippinen dürften die Amerikaner, falls sie nicht eine Verständigung suchen, noch manche Schwierigkeit zu überwinden haben. Das Komitee der Philippinen verlangt, wie aus Manila berichtet wird, daß zu den Untersuchungen über die Lage, die von einer amerikanischen Kommission gepflogen werden, auch Vertreter der Nationalregierung beigezogen werden. Ohne die freundschaftliche Mitarbeit der Nationalregierung sei es unmöglich, zu einem richtigen Verständniß der gegenwärtigen Lage und der auf die Selbstverwaltung gerichteten Bestrebungen des gesammten Volkes zu gelangen. Zur Begründung dieses Verlangens wird angeführt, daß von Seiten der amerikanischen Besatzungstruppen fortgesetzt Gewaltthätigkeiten gegen die Einwohner begangen würden, ohne, daß die betreffenden Soldaten bestraft worden seien. In der Mittheilung des Komitees der Philippinen werden noch die Ende Dezember vom „N. Y. Her.“ verbreiteten Gerüchte über eine Freiheitsexpedition der Philippinen und der allgemein herrschenden Anarchie bestritten. Das ganze Land gewöhne seine volle und bedingungslose Unterstützung Aguinaldo, dessen Autorität überall anerkannt werde. Alle Provinzen des Archipels seien auf dem Kongreß der Philippinen vertreten.

In den Vereinigten Staaten selbst herrscht eine starke Strömung gegen die Amerizationbestrebungen. Senator Perry machte in der letzten Sitzung heftige Ansätze gegen Mac Kinley und sagte u. A., hinter dem ganzen Amerizationplan stehe das Grundkapital. Die Regierung fährt aber fort, weitere Truppenmassen nach den Philippinen zu senden. — Die der „Jütem. Korresp.“ aus Madrid gemeldet wird, soll die Regierung der Vereinigten Staaten bei den Großmächten vertraulich angefragt haben, ob dieselben die von der amerikanischen Regierung den Mächten zugesandte „Notifizierung“ annehmen und die neue Republik anerkennen würden. Hieraus hätten sämtliche Regierungen, einschließlich Deutschlands, geantwortet, daß sie zu Aguinaldo und dessen Regierung in keinerlei wie immer geartete amtliche Beziehung treten würden, — es sich nicht letztere mit den Vereinigten Staaten verständigt hätten.

Das Eisenbahnwesen in China nimmt einen stetigen Aufschwung. Ueber die chinesische Prozentige Eisenbahn - Gesellschaft von 26 Millionen Mark ist, wie die „Times“ zu melden wissen, nunmehr ein endgiltiges Abkommen getroffen. Die Anleihe werde von der chinesischen Regierung ohne irgend welchen Vorbehalt garantiert und sei noch besonders sicher gestellt durch die nördlichen Bahnlinsen, von denen ein großer Theil bereits gebaut sei. Der Prospekt werde wahrscheinlich Ende der Woche von der „Hongkong and Shanghai Banking Corporation“ veröffentlicht werden. Die chinesische Regierung habe sich dem englischen Gesandten Macdonald gegenüber zudem verpflichtet, die Eisenbahnen, welche die Staatsbahn für die Anleihe bilden, nicht an irgend eine auswärtige Macht zu veräußern.

Amerika.

Washington, 31. Januar. Robert Porter ist in besonderes Mission nach Kuba gegangen, um festzustellen, ob die kubanischen Truppen bereit sind, sich aufzulösen, wenn sie einen Sold im Betrage von 3 Millionen Dollars empfangen. Die Kubaner verlangen 80 Millionen.

Aus Havana wird hierzu gemeldet: Da die militärischen Chefs der Kubaner sich entschieden weigern, drei Millionen Dollars als völlige Befriedigung der Ansprüche der Soldaten anzunehmen, ist die Regierung in Washington entschlossen, den Kubanern viel mehr, selbst 15 Millionen, anzubieten, wenn sie sich nicht mit einem geringeren Betrage begnügen. Die Kubaner sind sich klar darüber, daß ein derartiges Abkommen die amerikanische Okkupation verlängern könnte. Da es aber ihr erster Wunsch zu sein scheint, daß das Heer eine große Summe erhalte, ist die Regierung in Washington bereit, nachzugeben und nach der letzteren Richtung Verhandlungen einzuleiten. — Man sieht, ganz billig wird den Amerikanern der Besitz Kuba's nicht gemacht.

Washington, 1. Februar. Das Repräsentantenhaus hat gestern die Bill betreffend die Erhöhung der Präsenzstärke der Armee angenommen mit der Maßgabe, daß die Präsenzstärke im Minimum 57 000 und im Maximum 95 000 Mann betragen soll.

Militäretat.

In der Budgetkommission des Reichstags stand heute das Ordinarium des Militäretats zur Verhandlung. Der Berichterstatter Graf Roos erklärt, auch dieser Theil des Etats halte sich durchaus in maßvollen Grenzen. Die Mehrausgabe gegen voriges Jahr betrage 1 854 000 M. und sei hauptsächlich veranlaßt durch Vergrößerung des Sanitätskorps und durch die Venderung der Dienstaltersklassen. Grundfällige Bedenken gegen die Ausfälle des Etats liegen nicht vor. Der Korreferent Freiherr v. Hertling erklärt ebenfalls, der Etat sei so vortheilhaft angefaßt, daß er ohne Streichung beantragt werden könne. Die Einnahmen passiren darauf ohne Debatte. Bei dem Gehalt des Kriegsministers fragt Müller-Sagan (fr. Sp.), ob die Zeitungsnachricht wahr sei, daß Detmold die Garnison verlieren soll. Kriegsminister v. Goltz hält diese Meldungen für falsch. In der Militärkonvention, die Preußen stets streng gehalten habe, sei zugesichert, daß in Detmold eine Garnison bleibe. Im Uebrigen habe bisher überhaupt keine Korrespondenz zwischen dem kaiserlichen Ministerium und dem preußischen Kriegsministerium stattgefunden. Abg. Baffermann (natl.) bringt die Spielerskäre in Hannover und im Jentralhotel in Berlin zur Sprache. Es müsse der Militärverwaltung möglich sein, solche Vorsummen wie in Hannover zu verhindern. Es sei bekannt gewesen, daß in Hannover hoch gespielt werde. Die Kommandeure müßten Offiziere, welche zum Spiel neigen, zurückhalten. Minister v. Goltz: Offiziere, deren Verschulden nachweisbar sei, würden seitens des Kaisers streng gestraft, ohne Rücksicht auf die Familie. Das Spiel in Offizierskreisen habe thatsächlich

abgenommen. Leider sei die Verfassung sehr groß. Das Spiel sei ein Krebsgeschwür, das sehr schwer zu bekämpfen sei. Ein Ernst in der Bekämpfung des Spielwesens fehle es der Militärverwaltung nicht. Abg. Dr. Lieber (B.): Er wüßte, daß das Offizierskorps aus den heutigen Worten des Kriegsministers eine Lehre ziehe und das Spiel verabschieden lerne. Abg. Singer frent sich, daß der Kriegsminister die Spieler und ihre Helfershelfer der öffentlichen Schande sichere. Hier steht ihm die Sympathie aller Parteien zur Seite. Minister v. Gossler theilt noch mit, daß auch mit Geld verleierte Franzosinnen aus dem Auslande geschickt würden, um die Offiziere zum Spiel zu verleiten. Die Militärverwaltung habe dafür bestimmte Anzeichen und Vermuthungen. Abg. Gröber (B.) meint, daß viele Opfer der Spieler in ihrer Unerfahrenheit ohne es zu merken in die Rege der Verführer fallen. Eine eingehende Belehrung über diese Gefahren sollte bereits den Kadetten gegeben werden. Minister v. Gossler begrüßt diese Anregung. Das Gehalt des Ministers wird darauf bewilligt.

Die weitere Beratung vollzieht sich ziemlich schnell, mehrere Kapitel passiren debattelos. Bei dem Kapitel „Militär, Geistlichkeit“ wünscht Abg. Dr. Ringel (B.), daß den jüdischen Soldaten die Vereidigung an ihrem Gottesdienste mehr als bisher gestattet werde und ihre Vereidigung in der Synagoge erfolge. Minister v. Gossler erklärt, daß den jüdischen Soldaten alles gewährt würde in Bezug auf ihren Gottesdienst, was ohne Schädigung des Dienstes möglich sei. Manchem würden jedoch zu weit gehende Forderungen bezüglich der Vereidigung ihrer Feste gestellt.

Die Beratungen werden nächsten Dienstag, 7. Februar, fortgesetzt.

Parlamentarisches.

Bundesrat. In der heutigen Mittwoch-Sitzung des Bundesrates wurden der Entwurf von Bestimmungen über Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe und der Entwurf einer kaiserlichen Verordnung über die Hauptmängel und Gewährheiten beim Viehhandel den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Den Ausschüssen sind zu den Entwürfen: a) eines Gesetzes, betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schulverleihen, b) eines Hypothekendarlehen-Gesetzes, c) eines Gesetzes, betreffend Änderungen der Zivilprozess-Ordnung und der Strafprozess-Ordnung, sowie die Verfassung falscher unethischer Aussagen, d) eines Gesetzes betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuches wurde die Zustimmung erteilt.

Die Petitionskommission hielt Mittwoch Morgen Sitzung ab. Unter den 18 Petitionen, die vorlagen, wurden zwei unter Zugleichung von Regierungskommissionen verhandelt. Die eine betraf eine Petition des freisinnigen Berliner Arbeitervereins, das Verbot der getriebenen Kinderarbeit betreffend. Es wurde beschlossen, diese Petition dem Reichskanzler zur Erwirkung zu überweisen. Die zweite betraf eine Petition, die die Sonntagsruhe behandelte. Eine Leipziger Drochsenkutscher-Versammlung verlangt Änderung der Gewerbe-Ordnung dahin, daß ihnen in jeder Woche ein freier Tag, der in der dritten Woche ein Sonntag sein solle, gegeben werde. Der Verband der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innungen petitionirte um Verschärfung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe. Die Barbiergeschäfte sollen zu derselben Zeit des Sonntags, da sie die Geschillen entlassen, schließen müssen. So scheinen sich jetzt die Meister dieses Kleingewerbes so an die anfangs bekämpfte Sonntagsruhe gewöhnt zu haben, daß sie sie jetzt auch für sich fordern. Auch die Zigarrenhandlungen, Inhaber von Kohn und Kagen fordern Verschärfungen der Bestimmungen über die Sonntagsruhe. Sie wollen, daß die Schankwirtschaften nur während der Sonntags-Geschäftsstunden der Zigarrenhändler Zigarren verkaufen dürfen. Endlich verlangte die Kreisynode zu Pr. Schla, daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe auch auf die Schankgeschäfte ausgedehnt werden sollten. Auch diese Petitionen werden, auf Beschluß der Kommission, dem Reichskanzler als Material überwiesen. Zu der Sache des Berliner Arbeitervereins als auch der Petitionen, die Sonntagsruhe betreffend, war der Konserervative Jacobskötter Berichterstatter. Da er jedoch nicht erschienen war, trotzdem über eine „Innungspetition“ Bericht zu erstatten war, übernahmen dies die Sozialdemokraten Schwarz und Luyauer. Ferner lagen zwei Petitionen des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister vor, betreffend 1. Innungsfeuer-versicherungszwang, 2. Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Die Kommission trat jedoch nicht in die Verhandlung darüber, sondern beschloß, zunächst einen Regierungskommissionar zuzuziehen. Eine Anzahl weiterer Petitionen, darunter auch die Petition des Vereins deutscher Zahnkünstler, die Regelung ihrer Rechtsverhältnisse betreffend, wurden nach längerer Debatte als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt.

Insignovelle. In der sechsten Kommission des Reichstags wurde heute die Beratung der vom Abg. Rintelen beantragten Insignovelle fortgesetzt. Zunächst stand der Antrag Simburg zu § 78 des Gerichtsverfassungsgesetzes, der die Zuständigkeit der Strafkammern betrifft, zur Verhandlung, der das Verbrechen der Unzucht in allen Fällen den Strafkammern zuweisen will. Nachdem der Regierungsvertreter sich mit dem Antrag einverstanden erklärt, wird er mit 9 gegen 6 Stimmen der freisinnigen, Sozialdemokraten und eines Zentrumsmitgliedes angenommen. Ebenso wird der Antrag Rintelen angenommen, der für Urkundenfälschung, Verbrechen im Amte und Verbrechen nach der Konklusion die Strafkammern für zuständig erklärt. § 75, der unter Umständen die Verweisung gewisser Delikte von den Strafkammern an die Schöffengerichte vorsieht, wird nach dem Antrag Rintelen genehmigt. In § 80 beantragt Wedh (fr. Bg.) die Verweisung der Verbrechen an die Schwurgerichte. Mit 11 gegen 6 Stimmen wird der Antrag abgelehnt. Dagegen gelangt ein Antrag v. Strombed (B.) zur Annahme, wonach zu dem Präsidium stets die beiden ältesten Mitglieder des Gerichts zugewiesen sind. § 123 macht nach dem Antrag Rintelen die Oberlandesgerichte zuständig für die Berufung. Geh. Rath Lentze bemerkt hierzu, daß die Mehrheit der verbündeten Regierungen sich für den Fall der anderweitigen Regelung der Berufung dahin entschieden habe, daß die Berufung an die Oberlandesgerichte zu leisten sei, während eine Minderheit bei den Landgerichten Berufungskammern eingerichtet wissen will. Der Antrag Rintelen wird darauf mit 14 gegen 1 Stimme angenommen. Die §§ 124 und 130 betreffen die Bildung der Senate der Oberlandesgerichte und die Zuständigkeit des Reichsgerichts in Strafsachen. Beide Paragraphen werden nach dem Antrag Rintelen angenommen. Damit ist die erste Lesung der Anträge zum Gerichtsverfassungsgesetz erledigt.

Die Verhandlung wendet sich nun zu den Anträgen, betreffend die Strafprozess-Ordnung. Die Punkte bezüglich der Eidesfrage werden auf Vorschlag des Abg. v. Salich zunächst ausgeschlossen, da, wie Geh. Rath v. Lentze bestätigt, eine diesbezügliche Vorlage nächster Tage dem Reichstage zugehen werde. § 8a, der nach dem Vorschlag Rintelen's den „illegenden Gerichtsstand der Presse“ beseitigt und den Gerichtsstand der begangenen That nur bei demjenigen Gericht begründet, in dessen Bezirk die Druckchrift erschienen ist, wurde nach dem Antrag Rintelen angenommen. — Die Beratungen werden Freitag fortgesetzt.

Die Wahlsprüfungs-Kommission des Reichstages hat am Dienstag die Wahlen von zehn Abgeordneten für gültig erklärt und beschlossen, über die Wahl des Sozialdemokraten Sasse in Waldenburg Beweis zu erheben.

Dem Abgeordnetenhand ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und der Entwurf eines Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit zugegangen.

Partei-Nachrichten.

Friedrich Engels und das Militärsystem.

Unter diesem Titel veröffentlicht Max Schippel in dem soeben erschienenen 19. Heft der „Neuen Zeit“ den Anfang eines Artikels, worin er zunächst mittheilt, daß er der Verfasser des unter dem Pseudonym Jeger in den „Sozialistischen Monatsheften“ erschienenen Artikels ist: „War Friedrich Engels militärgläubig?“ Dann wendet sich Schippel gegen Kautsky's Erwiderung auf diesen Artikel. Wir müssen uns mit einigen Auszügen begnügen und verweisen wegen des übrigen die Leser des „Vorwärts“ auf die Letztüre der „Neuen Zeit“ selbst. Schippel sagt: „Wenn man den Genossen Kautsky hört, so sollte man fast meinen, ich hätte das deutsche Proletariat“ aufgefordert, auf „einige politische Scheinpropositionen“ seitens der Reaktion „mit der Billigung von Kanonen zu antworten“. Indeß jenes heiße Verlangen, dem herrschenden Regime neue Machtmittel zu bewilligen, das nach Kautsky „unser nationalgestimmter Wehrwolf empfindet“, war wirklich nicht bloß ihm, das heißt Engels, fremd. Mir ist es auch durchaus unbekannt.

Auch die Thorheit, zu behaupten, daß wer sich „für die Militärsache“ besonders erwärme, „Anhänger des „Militarismus“ sei, begehre nicht ich. Es giebt Militärsache, die das heutige Erwerbsleben mit endlos ewigen Störungen und Unterbrechungen heimsuchen und den Unteroffiziersgeist selbst bis in die letzten Schulklassen unterer Knaben und Knäbchen hineinverpflanzen wollen — viel schlimmer als der heutige Militarismus. Es giebt Gegner der Militärsache, die jeder und vollends einer derartigen Ueberwucherung der militärischen Eingriffe und Anforderungen todtfeind sind.

Und endlich, der mir zugeschriebene Gedanke, die Sozialdemokratie solle sich hüten, den „Militarismus“ zu bekämpfen, ohne dessen Nachteile um Erlaubniß zu fragen, ist so absurd, daß ich jedes Wort der Widerlegung sparen kann. Der Meinung bin ich freilich, daß man ein militärisches System um so erfolgreicher und überhaupt nur dann mit Erfolg bekämpfen kann, wenn man sich vorher bemüht hat, es in seinen geschichtlichen Voraussetzungen, in seiner historischen Nothwendigkeit zu verstehen, es in dem inneren Aufbau seiner Organisation zu verfolgen und nicht rein äußerliche Zufälligkeiten und sehr nebensächliche, freilich auch sehr auffällige Rückwirkungen auf die übrigen gesellschaftlichen Gebiete für sein Wesen und seinen Kern zu nehmen. Zu diesem Zwecke wird man allerdings niemals die Fachliteratur umgehen können — womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß jeder Fachmann Uniform tragen und staallich angekleidet sein müsse. Ich schätze die Engels'schen Schriften darum so hoch und empfehle sie immer und immer wieder den Parteigenossen zum Studium, weil sie in einer, sonst in der Partei unerreichten Weise, auf umfassender Kenntniß auch der eigentlichen Fachliteratur fußen.

Dann stelle ich mit aller Bestimmtheit noch fest, daß ich auf das „Militärsystem“ als Ziel, als Endziel, auch bei Engels, ausdrücklich und wiederholt hingewiesen habe. Und auch nicht eine Silbe von mir berechtigt Kautsky zu der Rede, wendung, ich „gehöre zu der Spezies, der der Begriff des Endziels gleichbedeutend ist mit dem des Unerreichbaren“. Ich habe nur betont, daß wer für die Gegenwart selbst das Schicksal der zwei-jährigen Dienstzeit noch mit internationalen Ketten verankert zu sehen wünscht, weil sonst der erste Windstoß den gefährlichsten Großstaat Europas wieder in den unerlösten Militarismus hineintriebren könnte — daß der das Endziel „in recht weite Ferne rückt“. Ich möchte auch heute noch der Meinung sein, daß die Masse unserer Parteigenossen sich die Sache viel weniger umständlich und zeitraubend denkt, als sie von einem solchen Standpunkt aus folgerichtig gedacht werden muß.

Kautsky hatte ausgeführt, daß die Militärsache bei der ein-jährigen Dienstzeit anfangs und daß der Unterschied zwischen einem Berufssoldaten und einem Militärsoldaten nicht der sei zwischen einem ausgebildeten und einem nichtausgebildeten Soldaten, sondern daß er darin liege, wann und wo die Ausbildung stattfindet. Hier der Soldat, der für Jahre in die Kaserne eingeschlossen, vom Solle abgelöst wird, dort der Soldat, dessen Ausbildung in einer Weise geschieht, daß sie ihn nicht vom Volke trennt, nicht seinem Beruf entfremdet, daß sie ihm nie das Verwahrlosten seiner staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte raubt.

Hierzu erwidert Schippel: „Die Verlängerung der Dienstzeit ist an sich keine Annäherung an die Militärsache in dem bezeichneten Sinne des Wortes. Im Verhältnis zur Präsenzstärke wird die Verlängerung der Dienstzeit heute immer auf eine Vermehrung des Berufs-soldatenthums, dieses Grundstocks der stehenden Heere, hinauslaufen, also von der Militärsache, immer im bezeichneten Sinne, abführen. Wenn z. B. die Capriwische Militärreform — die Engels meines Größtens Mitte der sechziger Jahre desirirte und die er auch 1893 in den Grundzügen für richtig hielt — wenn die Verstärkung der vorhandenen Friedenslabres und die Bildung neuer Labres nicht mit einer ganz außerordentlichen Vermehrung des Ausbildungspersonals, des Berufssoldatenthums abschloß, so lag das nur daran, daß die zweijährige Dienstzeit in der Praxis der deutschen Armee schon vorher so ziemlich erreicht war. Aber nahezu 80 000 Unteroffiziere, die jetzt im Etat stehen, sind auch schon eine recht schöne Pflanz und die Motive des vorliegenden Militärgesetzes enthalten die verdächtige Andeutung, daß, um einer Ueberbürdung des Ausbildungspersonals vorzubeugen, eine Erhöhung der Zahl der Unteroffiziere „wohl vertretbar“ sei, doch man sich vorläufig jedoch mit Heranziehung dreijährig dienender „Hilfskräfte“ begnügen wolle.

Ja, um diese Vermehrung und intensivere Anspannung des Lehrpersonals bei kürzerer Dienstzeit möglichst abzumildern, dazu verlangen wir eben weiter noch die militärische Jugendzucht mit zweckentsprechend nachgebildeten Waffen, Melanosirungsmärschen und Felddienst-Übungen vom vollendeten ersten oder zweiten Lebensjahr an, unter gebienten Unteroffizieren.“

Vor allem heißt es doch, was den Kampf gegen die „Berufssoldaten“ angeht, am Kern der Sache garnicht ändern, sondern nur eine Anzahl von Unteroffizieren — Freuchen allein beläuft z. B. 1885 weit über 60 000 ländliche Gemeinden inkl. Gutsbezirke — statt in die Garnisonszentren in die Schulgemeinden setzen. Besser werden sie auch da nicht werden, und als Berufssoldaten werden sie sich weiter fühlen.“

Zum Schluß bemerkt Schippel: „Es ist bei den grundlegenden heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen erträglich, den Militärdienst möglichst in einen zusammenhängenden Zeitraum zusammenzudrängen, oder ist es erträglich, ihn in eine Reihe jährlicher Theilleistungen zu zertheilen? Wenn, um ein konkretes Beispiel zu nehmen, eine einjährige Schulung den „ausgebildeten“ Soldaten macht, und wenn zwischen stehendem Heer und Militärsache ein Unterschied sein soll, „wom und wo die Ausbildung stattfindet“, so frage ich einfach: Ist es besser, jeden Bürger von vornherein darauf gefaßt zu machen, daß er vom zwanzigsten bis zum einundzwanzigsten Jahre seinem Beruf entfremdet, in die Kaserne eingeschlossen sein wird, oder ist es richtiger, vom vierzehnten bis vielleicht zum sechs- undzwanzigsten Jahre jährliche Einberufungen von vier und mehr Wochen einzuführen? Der „Rostengeist“ mag im letzten Falle weniger großgezogen werden, aber diese fortwährende Störung und Unterbrechung wäre für das heutige Erwerbsleben geradezu eine Tortur. Für den Großbetrieb und für die großindustrielle Arbeiterklasse vielleicht noch am wenigsten. Aber wie viele kleine Lohn- und Handwerker, deren Betrieb auf zwei Augen ruht, müßten einfach die Uebelschließen, wenn Jahr für Jahr dieses Damoclesschwert auf sie niedersiele? Auf das eine Jahr, während dessen man seinen Sohn für die Armee beansprucht, kann sich der Bauer am Ende einrichten; für Jahr seine hervorragende, vielleicht seine einzige Arbeitskraft zeitweise einziehen zu müssen, wäre für ihn der Ruin. Was also das „Wann und Wo“ der Ausbildung anbelangt, das nach Kautsky aber Berufssoldat und Militärsoldat unterscheidet, so antworte ich, was die erwerbsthätigen, also die der Volksschule entwachsende Bevölkerung anbelangt, unbedenklich: am besten in einer, zeitlich übersehbaren Dienst-

leistung. Und das Wo ist damit schon von selber entschieden: im stehenden Heere — wenn man sich darunter das denkt, was ver-nünftigerweise bei allgemeiner Wehrpflicht allein darunter gedacht werden kann.

Von der Loslösung der Unteroffizierswärme auf die Schul-jugend verpöchte ich mir militärisch sehr wenig und politisch nichts Gutes. Welche Empfindlichkeit haben wir sonst mitunter verrathen, wenn in den Volksschulen auch nur so etwas wie Volkswirtschaft oder Politik gelehrt werden sollte; selbst die üblichen Geschichts-erzählungen und die Religion hielten wir für Gift. Nun soll auf einmal der „Feind der Demokratie und des Proletariats“ sein, wer nicht in jedem Dorfe und Weiler die Jugend zu kleinen Krieger-vereinen von Unteroffizieren erzogen sehen möchte. Offen gestanden, ich glaube, der Bauer, der Tagelöhner, der längere Zeit in der sozialdemokratischen Großgarnisonstadt zubringt, ist und zugänglicher, wie der von Kindesbeinen an irgendwo im Hinterland vom Unter-offizier dressirte Militärsoldat, der nur auf den Fuß der Großstadt einmal erblickt. Darum sehe ich, neben den wirtschaftlichen, auch die politischen Wirkungen des Militärsystems, wie es bei uns allenfalls denkbar wäre, etwas anders an wie üblich. Aber von jeder Feindschaft gegen die Demokratie und das Proletariat fühle ich mich dabei frei. Ich mache nur nicht jedem Gute sofort meine Reuerenz, weil eine rothe Hahnenfeder auf ihm steht.

Schon die Geschichte der Jugendwehr-Bestrebungen sollte die hier in der Partei übliche Vertrauenslosigkeit etwas erschüttern. Denn immer und immer wieder wird die militärische Jugend-erziehung angegriffen auch als konervative Heilslehre, als Waffe im Kampfe gegen den Ansturz.“

Sächsische Landtagswahlen. Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Pirna beschloß, sich an der im dritten Landtagswahlkreise vorzunehmenden Wahl zu betheiligen. Dieser Landtagswahlkreis besteht aus den Städten Pirna, Sebnitz, Schandau, Königstein, Neustadt, Weßen und Hohnstein.

Sozialdemokratenheute unter anarchisistischem Deckmantel? Verschiedene Zeitungen, deren polizei-offizielle Beziehungen bekannt sind, hatten die Nachricht gebracht, daß der aus Neuchâtel z. Z. ausgewiesene Genosse Parvus (Dr. Helphand) in Gera Mitglied einer Anarchisten-Vereinigung gewesen wäre. Parvus, der noch vor wenigen Monaten Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden war und dort als solcher ausgetrieben wurde, verwarf sich gegen die Verdächtigung, er sei Anarchist, mit aller Entschiedenheit in folgendem, an das russische Ministerium gerichteten Schreiben:

„An das kaiserlich russische Ministerium, Abtheilung für das Innere.“

Verschiedene Zeitungen bringen die Nachricht, daß laut polizei-lischer Drahtmeldung aus Gera meine Ausweisung aus Neuchâtel z. Z. deshalb erfolgte, weil ich Mitglied einer Anarchisten-Vereinigung gewesen sein soll. Ich war aber niemals Anarchist und gehörte in Gera keiner anarchisistischen, überhaupt keiner politischen und auch keiner geselligen Vereinigung an. Sollte das wirklich der Grund der Ausweisung gewesen sein, so beucht diese — mit der Verfassung: binnen 24 Stunden das Land zu verlassen und wenige Tage, nachdem meine Familie aus Dresden zu mir zog — auf einer argen Verleumdung. In diesem Falle bin ich gern bereit, die Polizeibeamten, von denen jene Mittheilung ausgegangen sein sollte, der Lüge zu überweisen, und eruche um die Erlaubniß, zu diesem Zwecke nach Gera zurückkehren zu dürfen. Mein näherer Bekanntschaftskreis in Gera bestand aus einigen Mitgliedern des russischen Landtags, sowie der Gemeinderäthe in Gera und in Unterhans. Auch sonst verkehrte ich nur unter ehrlichen Arbeitern, die zwar mähfam ihr Brot erwerben und Reichthümer für Andere häufen, aber in ihren persönlichen und sozialen Beziehungen so viel Gerechtigkeitssinn und Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe ihrer Mitmenschen entwickeln, daß anarchisistische Grausamkeiten ihrem sittlichen Empfinden nicht minder widersprechen, als etwa die Brutalitäten einer Polizeimilitär.

Ergebenst Dr. phil. Helphand.

Sofort Dr. Helphand's Ausweisung aus Neuchâtel wirklich auf Grund der falschen Bezeichnung erfolgt sein sollte, er sei Mitglied einer anarchisistischen Vereinigung gewesen, so wird sich die russische Regierung hoffentlich bewußt sein, daß es ihre moralische Pflicht ist, dem Beschwerdeführer Gelegenheit zu geben, die Schuldigen zur Rechenhaft ziehen zu können. Ist die Ausweisung aber aus dem Grunde erfolgt, daß Dr. Helphand ein aus dem Auslande gebürtiger Sozialdemokrat ist, so möchte es, unseres Erachtens, der russischen Regierung schon die Selbstschätzung gebieten, diesen Grund ungeweihtig bekannt zu geben.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Wegen Verleumdung dreier Rittergutsbesitzer im Kreise Landsberg a. M. wurde der Redakteur der „Märkischen Volksstimme“ in Forst, Genosse Rappap, von dortigen Schöffengericht zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt. Die Verleumdungen sollen in einem während der Reichstagswahl in der „Volkstimme“ veröffentlichten Artikel enthalten sein, der unter dem Stichwort „Wo ist die Grenzlinie?“ eine Petition des in Landsberg bestehenden Neumärkischen Viehhändler-Vereins wiedergab. In dieser Petition war behauptet, daß die Verhinderung der Seuchen nicht immer durch die Schuld der Viehhändler, sondern auch die Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften seitens der Gutsbesitzer gefördert werde. Es wurden zum Beweise für diese Angaben verschiedene Namen angeführt. Die Beweisaufnahme ergab nun, daß sich die Petenten in einem Falle getrennt, indem sie die Einfuhrung von gesundem Vieh als kraßbar bezeichnet hatten, und in zwei Fällen die Vorgänge insofern ungenau berichteten, als es sich nicht um Vieh der betreffenden Besitzer, sondern um Vieh der Arbeiter handelte. Der vierte Fall wurde beiviesen.

Wegen Verleumdung der Polizei in Meichen wurde in Dresden Genosse Veyer, der verantwortliche Redakteur des „Volkstempels“, eines Kopfblasses der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, zu 75 M. Geldstrafe verurtheilt. Es handelte sich um eine Notiz, worin mitgetheilt war, daß in Meichen ein Wirth durch die Polizei beunruhigt worden sei, sein Lokal, das er Arbeitern zur Abhaltung eines Vergnügens versprochen hatte, wieder zurückzuziehen. Vor Gericht wurde nun zwar festgestellt, daß der Wirth, um sich den Arbeitern gegenüber weiß zu waschen, die Sache übertrieben hatte, andererseits wurde aber auch erwiesen, daß der Wirth von einem Stadtrath auf die Folgen aufmerksam gemacht worden ist, die aus der Ueberlassung des Lokals für ihn entstehen würden, und der Stadtrath selbst erklärte, daß es die Polizeibehörde für ihre Pflicht erachte, von „politischen“ Arbeitervergünstigungen der Militärbehörde Kenntniß zu geben.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.
Achtung, Maßschneider! Heute Abend 8 1/2 Uhr findet in den Remisallen, Kommandantenstr. 20, eine Werkstatt- und Geschäfts-delegirten-Sitzung statt. Tagesordnung: Wie stellen sich die Kollegen in der Maßbranche zu einer Lohnbewegung im Frühjahr? Die Kollegen werden ersucht, darauf hinzuwirken, daß mindestens ein Kollege aus jedem Maßgeschäft anwesend ist, damit die Lohnverhältnisse aus allen Geschäften bekannt werden und die Meinung über eine eventuelle Lohnbewegung voll zum Ausdruck kommt.
Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

In dem Konflikt der Gewerbegerichts-Besitzer in Elberfeld hat nunmehr auch der Regierungspräsident seine Einschüpfung getroffen. Auf ihre eingelegte Beschwerde schloßten 22 Weisther folgenden Bescheid:
„Der Vorsitzende des königlichen Gewerbegerichts, Herr Weingeordneter Dieze, hat bereits Auer mir erlassenen Anzeig zu Folge aus Anlaß des in Ihrer Eingabe erwähnten Vorfalles mit

Reichstag.

23. Sitzung, Mittwoch, 1. Februar 1899, 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Niemand. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Antrags Hompesch (3.) betr. Aufhebung des Jesuitengesetzes in Verbindung mit den Anträgen Limburg-Strum und Ricker, die nur die Aufhebung des Internirungs- und Expatriirungsparagraphen des Jesuitengesetzes verlangen.

Abg. Schäbler (3.):

Nachdem unser Antrag bereits mehrere Male auch in der dritten Lesung vom Hause angenommen worden ist, halten wir es für überflüssig, nochmals in eine Diskussion einzutreten. Am Bundesrath wird es sein, unsern Antrag nun endlich zum Gesetz zu erheben. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Ricker (fr. Vg.):

Während der letzten Beratung dieses Antrags hat Herr Abg. Dr. Lieber eine Aeußerung gethan, wonach die Schweiz ein Land sei, in dem Königs- und Frauenmörder frei herumlaufen. Das Schweizer Volk hat sich, wie aus den Presse-Aeußerungen hervorgeht, dadurch direkt beleidigt gefühlt und sich darüber gewundert, daß im Reichstage dem von seiner Seite widersprochen worden ist. Nun zweifle ich keinen Augenblick daran, daß die Gefühle Deutschlands gegenüber der Schweiz durchaus freundschaftliche sind und halte daher eine solche Aeußerung für wenig angebracht.

Abg. Dr. Lieber (3.):

Wohl niemand im Reichstage wird daran zweifeln, daß mit meiner Aeußerung nichts ferner gelegen hat, als das Schweizer Volk zu beleidigen. Ich habe nur gesagt: Die Verweisung auf das Asylrecht der Schweiz in einem Augenblick, wo wir noch alle unter dem furchtbaren Eindruck des Genfer Mordes stehen, sei nicht am Platz. Im Uebrigen aber finde ich es lässig, wenn derartige Empfindlichkeiten einer ausländischen Presse auf die freie Meinungsäußerung im deutschen Reichstage irgend welchen Eindruck machen sollen. Wohin kämen wir denn, wenn wir Rücksicht nehmen sollten auf Schweizer Zeitungsredakteure?

Graf Limburg-Strum (L.):

Ich stimme mit dem Herrn Redner vollkommen überein. Eingehen möchte ich nur auf die Aeußerung des Herrn Ricker, der hier wieder die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit der Schweiz als Grund anführt, weshalb eine solche Aeußerung nicht hätte fallen dürfen. Diese Berufung auf das freundschaftliche Verhältnis hat auch in der Verpfehlung der Ausweisungspolitik gegen Dänemark eine große Rolle gespielt. Ich muß sagen, das deutsche Parlament steht einzig darin da, und in einem auswärtigen Parlament würde es niemandem einfallen, sich der Kritik deutscher Zustände zu enthalten mit Rücksicht auf das freundschaftliche Verhalten seines Landes zu Deutschland.

Abg. Veibel (Soz.):

Ich bitte Sie doch, die Kirche beim Dorfe zu lassen. Herr Lieber hat thatsächlich in sehr erregter Weise behauptet, daß in der Schweiz Frauen- und Königsräuber geschätzt werden. (Widerstand und Lärm im Centrum. Rufe links: Frei herum laufen!) Also ich berichte mich, Herr Lieber hat den Ausdruck gebraucht: ein Land, in dem Frauen- und Königsräuber frei herumlaufen dürfen. Diese Behauptung des Herrn Lieber widerspricht doch aller geschichtlichen Wahrheit. Ein Königsräuber, der heute nach der Schweiz käme, würde unzweifelhaft ausgewiesen werden. Als im vorigen Herbst die Bluthat in Genf geschah, gaben alle Parteien ohne Ausnahme ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck. Angesichts dieser Thatsache müßte also diese Aeußerung des Herrn Lieber — in seinem Schlußreferat übrigens, so daß niemand mehr darauf erwidern konnte — in der Schweiz Verstimmung erregen. Daß dem Grafen Limburg-Strum das freie Asylrecht ein Dorn im Auge ist, wissen wir ja längst, aber, meine Herren (nach rechts), denken Sie daran, daß auch Sie vielleicht eines Tages in die Lage kommen könnten, das Asylrecht für sich in Anspruch zu nehmen. Das Asylrecht der Schweiz ist übrigens von hochstehenden Persönlichkeiten und Aristokraten bereits öfter in Anspruch genommen. Ich erinnere z. B. an Graf Arnim, die Bourbonen, Bonapartisten u. s. w.

Abg. Ricker (fr. Vg.):

Ich hatte durch meine Ausführungen nur Herrn Lieber Gelegenheit geben wollen, seinen damaligen Worten eine Interpretation zu geben, die ihnen die verlegende Schärfe nimmt. Das Baseler Blatt hatte behauptet, daß die Worte des Herrn Lieber nur vom Hass gegen die Schweiz diktiert seien, und daher hielt ich es für meine Pflicht im nationalen Interesse, diese Interpellation herbeizuführen, da es einer großen Nation sehr wohl ansteht, einen fremden Staat nicht ohne Grund zu beleidigen.

Abg. Lieber (3.):

Zunächst muß ich konstatiren, daß der Abg. Veibel mit Worten in den Mund gelegt hat, die ich nicht gebraucht habe. Ich habe nicht gesagt, daß in der Schweiz Königsräuber geschätzt würden (Große Unruhe links. Abg. Veibel: Ich habe mich sofort verbessert!), davon habe ich nichts gehört. (Große Unruhe links.) Nun, wenn Herr Veibel das Wort zurückgenommen hat, dann ist für mich die Sache erledigt. In Bezug darauf, daß wir selbst mal in die Lage kommen könnten, das Asylrecht zu beantragen, möchte ich Herrn Veibel nur bemerken, daß ich nach Einrichtung des Zukunftsstaates nicht das Asylrecht der Schweiz in Anspruch nehmen werde, sondern mich gern einer Verweisungsolonie überweisen lasse. (Heiterkeit rechts.) Uebrigens habe ich meine Aeußerung am Schluß der ersten Lesung gethan, sobald Herr Dr. Sauter wohl Gelegenheit gehabt hätte, bei der zweiten Lesung darauf zurückzukommen.

Abg. Dr. Sauter (nall.):

Ich habe die betr. Aeußerung des Herrn Lieber garnicht so fraglich genommen, wie Herr Ricker und habe damit nach seinen heutigen Ausführungen ja auch recht gehabt. Im Uebrigen halte ich es für die Pflicht jedes Abgeordneten, über die Angelegenheiten auswärtiger Staaten möglichst wenig zu reden.

Abg. Veibel (Soz.):

Bei der vergleichsweise strengen Handhabung der parlamentarischen Ordnung seitens des Herrn Präsidenten hat es mich überrascht, daß Herr Lieber sagen durfte: die Vorgänge in der vorigen Sitzung hätten meine Ausführungen Lügen gestraft... (Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Lieber hat mit diesem Ausdruck nur eine ganz gewöhnliche Nebenwendung gebraucht; natürlich werde ich es nie zulassen, daß jemand dem Abg. Veibel eine Lüge unterstellt.

Abg. Veibel (fortfahrend): Wenn der Präsident hiermit sagen will, daß er künftighin der Kritik in diesem Hause freie Bewegung lassen will, so bin ich zufrieden. Kein Schweizer Blatt hat daran gedacht, sich in die Freiheit der parlamentarischen Verhandlungen dieses Hauses zu mischen, jedes Blatt im In- und Auslande muß aber das Recht haben, sich gegen derartige Aeußerungen zu verwahren. (Sehr richtig! links.) Herr Lieber sollte doch nicht vergessen, daß seine Presse es vor gar nicht langer Zeit mit Freuden begrüßt hat, wenn die ausländische Presse ihre Verleumdungen unterließ. (Sehr gut! links.) Ich habe mich gewundert, daß Herr Lieber nicht für das Asylrecht eingetreten ist; gerade der Gesetzentwurf, der uns jetzt beschäftigt, zeigt doch, wie Anhänger seiner Partei genöthigt sind, das Asylrecht fremder Staaten in Anspruch zu nehmen. (Sehr wahr! links.) Herr Lieber sprach dann von seinem Verhalten im Zukunftsstaat. Nun,

der Standpunkt, den wir von vornherein Ihrem Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes gegenüber eingenommen haben, sollte Ihnen doch keinen Zweifel darüber lassen, welches Schicksal Sie im Zukunftsstaat erwartet. Wir werden uns freuen, wenn Herr Lieber im Zukunftsstaat in Ruhe seine Tage beschließt und sich dann gestreckt, es war doch viel schöner, als ich es mir gedacht habe. (Stimmliche Heiterkeit.) Einmal herrschte wohl in der Schweiz ein so weitgehendes Asylrecht, daß auch Königsräuber, sofern sie nur politische Motive zu ihrer That hatten, dort eine Freistätte fanden, heute ist dies aber nur noch in England der Fall. Also auch nach dieser Richtung hin sind die Anschuldigungen des Herrn Lieber gegen die Schweiz unberechtigt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Lieber (3.):

Gegenüber Herrn Veibel will ich nur noch bemerken, daß die Schweiz zwar anderen Ausländern ein Asylrecht gewährt, dagegen gerade den Jesuiten nicht.

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Abstimmung über den Antrag Hompesch wird die Entscheidung der Stimmen der Rechten und der großen Mehrheit der Nationalliberalen angenommen; ebenso mit großer Mehrheit die Anträge Limburg-Strum und Ricker.

Hierauf wird der Antrag Dr. Sauter, Münch-Ferber betreffend Abänderung des Posttarifs in dritter Lesung in der Gesamtabstimmung einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Antrages Ricker (fr. Vg.) auf Aenderung des Wahlgesetzes. Derselbe bezweckt eine gleichmäßige Einteilung der Wahlbezirke und die Sicherung des Wahlgeheimnisses durch Kouberts für den Stimmzettel und Sicherung des Wahlgeheimnisses durch Abgabe der Stimmzettel in einem abgeschlossenen Raume.

Abg. Ricker (fr. Vg.):

begründet seinen Antrag kurz und bittet um die Annahme mit der früheren Mehrheit. Zum Beweise dafür, wie das Wahlgeheimnis jetzt durchbrochen wird, zeigt Redner drei Zettel von ganz verschiedener Größe für die einzelnen politischen Kandidaten.

Abg. Frhr. v. Stumm (L.):

bezieht sich auf seine früheren Reden zu diesem Antrage, die seine abweichende Stellung darlegten. Der Antrag Ricker schätze das Wahlgeheimnis nicht absolut, er trage aber nur dazu bei, die Verletzung unter den Wählern zu vermindern. Der Antrag heiße im Volkssinn „Kloßentwurf“. Der abgeschlossene Raum sei einfach komisch. Weshalb er aber besonders gegen den Antrag sei, das gehebe aus dem Grunde, weil er vorläufig das Wahlgesetz nicht ändern wolle. Er halte das Wahlgesetz für einen wesentlichen Theil der Reichsverfassung und sei mit dem allgemeinen Wahlrecht einverstanden, dagegen halte er das geheime Wahlrecht für einen ganz nachtheiligen Anhang für unser politisches Leben. (Hört, hört! links.) Ihr Widerspruch zeigt mir, daß Sie ein sehr kurzes Gedächtnis haben. Auch Windthorst war gegen die geheime Stimmabgabe, freilich hat er dann später aus tatsächlichen Gründen eine entgegengesetzte Stellung eingenommen. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Schäbler (3.):

Wir stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkt wie Herr v. Stumm und wünschen, daß der Antrag Ricker, den wir nun schon so oft angenommen haben, auch von den verbündeten Regierungen angenommen werden möchte. Aber die Bundesrathskreise sind wieder leer. Wir lassen am allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht nicht rütteln. Herrn v. Stumm erwidere ich, daß Windthorst nicht aus tatsächlichen Erwägungen, sondern durch die traurigen Thatsachen belehrt, seine Ansicht über das geheime Wahlrecht geändert hat. Windthorst ist auch für Wahlkouberts eingetreten. Der Antrag Ricker ist ein Mittel zur Loyalen Durchführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts. Wer es ehrlich damit meint, soll für die lokale Durchführung die Hand bieten. Ich sehe darin nicht nur eine politische Frage, sondern auch eine Frage der moralischen Verantwortlichkeit und des politischen Anstandes. Deshalb stimmen wir für den Antrag Ricker. (Weisfall.)

Abg. Wassermann (nall.):

Wir sind nach wie vor für den Antrag und bedauern die ablehnende Haltung der Regierung. Die Einwendungen des Herrn von Stumm sind haltlos. In Baden und Württemberg besteht der Ricker'sche Vorkreis und hat sich dort bewährt. Niemand hat etwas Stomisches dabei gefunden und ist es auf dem Lande vorgekommen, daß einmal zur besseren Aufrechterhaltung der Ordnung von einem Bürgermeister der Polizist in den Vorkreis gesteckt worden ist. (Große Heiterkeit.) Wir sind aus Gründen des politischen Anstandes für gleiche Stimmzettel und wollen den Vorkreis wegen des Terrorismus, der von den verschiedenen Seiten, auch von der Sozialdemokratie ausgeht, wird. Nach Annahme des Antrages Ricker wird die Wahlprüfungs-Kommission weniger zu thun haben. Herrn Stumm's Schwärmerei für die öffentliche Stimmabgabe theile ich nicht, wir wollen am geheimen Stimmrecht nicht rütteln.

Abg. Kopisch (fr. Vg.):

Die heutige Stellung der nationalliberalen Partei ist sehr erfreulich, früher hat der Abg. Stumm und ein Theil seiner Freunde gegen den Antrag gestimmt. Herr von Stumm hat den Entwurf der Zeitvergebung gegen den Antrag gemacht. Nun, die Arbeiter nehmen sich gern Zeit zur Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte. Wer innerhalb fünf Jahren nicht einmal ein paar Viertelstunden für die Ausübung seines höchsten Bürgerrechts übrig habe, sei nicht werth, Bürger zu heißen. Die zahlreichen Wahlbeeinflussungen, die in der Wahlprüfungs-Kommission amtlich festgestellt worden sind, machen die Annahme des Antrages Ricker notwendig. Herr von Stumm hat heute wieder einmal seine Abneigung gegen das geheime Wahlrecht offenbart. Aber gerade durch die öffentliche Stimmabgabe wird die Heuchelei mehr geübt als durch die geheime Wahl. In Bezirken, wo bei der Reichstagswahl fast nur sozialistische Stimmzettel abgegeben worden sind, wurden bei der öffentlichen Landtagswahl fast nur konservative Stimmzettel abgegeben. Wo die Heuchelei stattgehabt hat, werden Sie sich selbst beantworten können. (Heiterkeit.) Auf dem konservativen Parteitag in Brandenburg ist gesagt worden: Man muß die Stimmen wägen und nicht zählen! Ja, aber nach welchem Maßstabe soll dieses Wägen erfolgen? Nach dem Vermögen, der Geburt, der Intelligenz, den Kenntnissen? Wenn die letzten beiden Eigenschaften den Maßstab abgeben sollen, dann würden die Konservativen schwerlich dabei gut abkommen. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß dieser Antrag hier angenommen wird und, wenn der Bundesrath nicht seine Zustimmung giebt, wie das Wächchen aus der Fremde mit jedem neuen Jahre wiederkehren wird. (Weisfall links.)

Abg. Auer (Soz.):

Wenn der Wunsch des Antragstellers in Erfüllung gehen und der Antrag selbst wie das Wächchen aus der Fremde in jedem Jahre wiederkehren wird, so möchte ich hier noch den Wunsch hinzufügen, daß der Antrag auch in verbesserter Gestalt wiederkehrt. Wir können es nicht unterlassen, auch heute zu betonen, daß der Antrag doch nach mancher Richtung hin uns sehr unvollkommen erscheint. Der Antrag sollte noch verschiedenes mehr enthalten. Es sind auch einzelne grundlegende Aenderungen an dem bestehenden Wahlgesetz vorzunehmen. In erster Linie meine ich damit die Herabsetzung der Wahlrechts-Grenze. Es ist bei verschiedenen Gelegenheiten, wie dieser Wunsch laut wurde, und der Entwurf gemacht worden, daß eine gewisse Reife und Erfahrung zur Ausübung der staatsbürgerlichen Pflichten notwendig sei und man daher von der Altersgrenze von 25 Jahren nicht abgehen könne. Dieser Entwurf wird aber durch

die Thatsache widerlegt, daß bei verschiedenen Landtagswahlen die Altersgrenze sehr verschieden festgelegt ist, so daß wir da von 21 Jahren ab alle Abstufungen haben. Selbst wenn wir zugeben wollten, daß in Bezug auf das passive Wahlrecht eine höhere Altersgrenze am Platze ist, so hat doch dieser Einwand keine praktische Bedeutung, denn die Wähler werden einen 21jährigen jungen Mann ohnehin nicht als Kandidaten aufstellen, wenn ihn nicht ganz spezielle Eigenschaften dazu befähigt erscheinen lassen. Es ist oft gesagt worden, wenn man mit 18 Jahren reif ist, einen Thron zu besteigen, dann müßte man auch reif sein zu wählen. Was mich betrifft, so bin ich dieser Ansicht nicht. Die Gesetzgeber, die die Altersgrenze für die Thronbesteigung auf 18 Jahre festgelegt haben, sind eben von der Ansicht ausgegangen, daß zu diesem Amt weniger Einsicht und Erfahrung notwendig ist, als zur Ausübung des politischen Wahlrechts. (Heiterkeit.) Dagegen erscheint auch mir die Herabsetzung der Altersgrenze von 25 auf 21 Jahre durchaus geboten.

Wir sind ferner der Meinung, daß es endlich an der Zeit wäre, die Jurage, die im Reich-Wahlgesetz selber und gegeben ist, zu erfüllen, nämlich von Zeit zu Zeit eine neue Einteilung der Wahlkreise eintreten zu lassen. Die Klassen über die Reichstagswahlen zeigen ganz ungeheuerliche Unterschiede der Wählerzahlen in den einzelnen Wahlkreisen. Man kann das an allen Wahlkreisen ein und desselben Regierungsbezirks nachweisen. Das ungeheuerliche in dieser Beziehung finden wir bekanntlich in Berlin. Da wählen im ersten Wahlkreise 18 037 Wähler, im sechsten 143 226. Das ist eine solche Anomalie, daß man sie einfach nicht für möglich halten sollte. Aber ganz ebenso liegt die Sache in dem Kreise Ost-Prignitz und Teltow-Beeskow. Ein Vergleich der Wählerzahl von Schaumburg-Lippe und Berlin ergibt, daß der Schaumburg'sche Wähler 16 mal so viel Rechte hat, wie ein Wähler in Berlin. (Hört! hört!)

Ein weiterer Wunsch, der bis jetzt noch nicht in Erfüllung gegangen ist, ist die Verlegung des Wahltages auf einen Sonntag. In Frankreich ist dies gesetzlich festgelegt, und auch bei uns haben einzelne Regierungen diese Nothwendigkeit anerkannt.

Alle diese Wünsche erfüllt der vorliegende Antrag nicht. Er beschränkt sich auf die bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses. Ich begrüße die Gründe, warum die Antragsteller sich zu dieser Beschränkung veranlaßt gesehen haben; aber wir können deswegen unsere weitergehenden Wünsche nicht aufgeben.

Die Sicherung des Wahlgeheimnisses soll in dem vorliegenden Gesetzentwurf zunächst durch die Aenderung des § 6 erreicht werden, dadurch, daß für die Wahlkreise eine Minimalzahl von 125 Einwohnern vorgeschrieben wird. In der That sind jetzt auf dem Lande, wo einige kleine Städte einen Wahlkreis bilden, die Wähler, die auf dem Gutshofe wohnen, von dem Gutsherrn, der meistens zugleich Wahlvorsteher ist, demnach abhängig, daß von einer Seite in ein Abstimmungs-gar nicht die Rede sein kann.

Ein weiterer Versuch zur besseren Wahrung des Wahlgeheimnisses wird gemacht durch die Aenderung des § 10, und vor allem durch § 11a, der die Abgabe des Stimmzettels in einem amtlich abgestempelten, mit keinem Kennzeichen versehenen Umschlag vorschreibt. Ueber die Verschiedenheit der Wahlzettel ist hier schon oft gesprochen worden. Wir wissen, daß Stimmzettel in allen Größen zur Verwendung kommen. In den westfälischen Industriebezirken gab es früher ausdrückliche Vorschriften, die besagten, daß in gewissen Stunden bestimmte Wahlzettel von bestimmter Form und Farbe vertheilt werden sollten. Alle diese Zustände sind von jeher bedauert worden, und nie hat ein Abgeordneter es gewagt, sie zu vertheidigen. Draußen im Lande sind aber diese Praktiken immer und immer wieder ausgeübt worden. Der Herr Abgeordnete Ricker hat hier Zettel auf den Tisch des Hauses niedergelegt, die in der That in Bezug auf ihre Größe eine ganz augenfällige Verschiedenheit zeigen. Damit aber auch die Leser der Reichstagsberichte diese lernen lernen, will ich die Größenverhältnisse angeben. Der größte der vorliegenden Zettel ist 29 Zentimeter lang und 6 Zentimeter breit, der zweitgrößte 18 Zentimeter lang und 5,4 Zentimeter breit, der drittgrößte 6 Zentimeter lang und 4 Zentimeter breit. (Hört! hört!) Diese Zahlen stellen geradezu einen Hohn auf das geheime Wahlrecht dar. (Sehr richtig!)

Aber die Verschiedenheit beruht nicht allein auf der Größe der Stimmzettel. Sie liegt auch in der Farbe und in dem Papier. Das Gesetz schreibt freilich ausdrücklich die weiße Farbe der Stimmzettel vor. Aber wir haben gesehen, daß die Meinungen darüber, was man unter weißem Papier zu verstehen hat, weit auseinander gehen. Die älteren Kollegen werden sich noch der Prüfung der Wahl eines konservativen Abgeordneten erinnern, wo wir, die wir die Wahl desselben beanstandeten, aber in der Minorität blieben, es außerordentlich bedauerten, daß sich eine solche Farbenähnlichkeit der Mehrheit des Hauses bemächtigt hatte. (Heiterkeit.) Gelberne Zettel wurden durch den Beschluß der Majorität als weiß festgesetzt. (Heiterkeit.) Da ist natürlich Wahlbeeinflussung Thür und Thor geöffnet. Ich erinnere an die vielen Wahlbeeinflussungen, die gerichtlich festgestellt worden sind. Erst leghin ging ein solcher Prozeßbericht durch die Zeitungen. Es handelte sich um die Wahl in dem eifassischen Wahlkreise Erlaun und die Wahl des Kreisdirectors Böhmman. Ein Druckereibesitzer gab unter seinem Eide an, daß er sich die Gunst des Kreisdirectors verschert habe, weil er nicht 1500 erkennbare Wahlzettel hergestellt habe, die den Zweck haben sollten, festzustellen, wer sozialistisch gewählt habe. Nun verlangt der Antrag Ricker einen Vorkreis und die Abgabe der Stimmzettel. Ueber diesen Vorkreis ist früher viel gespottet worden. Sie haben aber von Herrn Wassermann gehört, wie gut er sich in Süddeutschland bei den dortigen Landtagswahlen bewährt hat. Von konservativer Seite ist gesagt worden, besonders in Ost-Deutschland werde der Antrag undurchführbar sein, daß die Wähler seien dazu zu unedelmüthig und was noch weiter vorgebracht wurde. In einigen zurückgebliebenen Winkeln Ostpreußens mag das ja zutreffen, aber es kann und nicht veranlassen, auf diese zurückgebliebenen, von der Kultur nicht beleckten Winkel Rücksicht zu nehmen und etwas zu unterlassen, was Millionen von deutschen Staatsbürgern frommt. (Sehr richtig! links.) Herr von Stumm, dessen warm schlagendes Herz für die Arbeiter wie ja alle kennen (Heiterkeit), hat hier ein wehleidolles Lied über den Zeitverlust angestimmt, den die Arbeiter durch das verzögerte Wahlgeschäft erleiden würden. Alle Achtung vor der Fürsorge des Herrn von Stumm, aber diese Sorge überlasse er den Arbeitern selbst. Wenn er sie fragen würde, sie würden alle sagen, daß sie diesen Zeitverlust gerne ertragen wollen, wenn ihnen nur freies geheimes Wahlrecht zugesichert würde. Sollte aber wirklich eine Verzögerung des Wahlgeschäfts durch den Antrag Ricker eintreten, so wird sie durch die im Antrag vorgesehene Verlängerung der Wahlzeit bis Abends 7 Uhr ausgeglichen. Auch die Bestimmung ist mir besonders sympathisch, daß alle Wähler, welche um 7 Uhr sich im Wahllokal befinden, das Wahlrecht ausüben dürfen. Bisher war es einfach der Willkür der Wahlvorsteher überlassen, ob diese Wähler ihre Zettel noch abgeben dürfen oder nicht. Wer auf dem Boden des geheimen, gleichen Wahlrechts steht, muß meines Erachtens dem Antrag zustimmen. Herr von Posadowski hat es als einen unverwundlichen Grundsatze aller Verwaltungen hingestellt, daß die Gesetze und Anordnungen, welche einmal beschlossen, auch durchzuführen werden müssen. Wir haben nun einmal das geheime und gleiche Wahlrecht, das Deutsche Reich steht auf dieser Institution und es muß also mit allen nur möglichen Mitteln durchgeführt werden.

Zweifelloos wird diese Durchführung jetzt sehr erschwert. Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht hat mächtige Gegner. Fürst Bismarck selbst hat ja aus feiner Gegnerschaft kein Hehl gemacht und offen erklärt, er habe es nur gegeben, um einen Schachzug gegen die liberale Demokratie auszuführen. Wenn wir es nicht schon getoht hätten, so hätten wir es heute wieder erfahren, daß

Herr v. Stumm eine unerbittliche Abneigung gegen dieses Grundrecht der deutschen Staatsbürger hat und ich erinnere daran, daß Graf Mirbach, der Führer der Konservativen, nicht davon zurückgekehrt ist, gewaltsame Mittel für die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts vorzuschlagen. Er zitierte in seiner damaligen Rede das Schwert Alexander des Großen, mit dem der gordische Knoten durchhauen worden ist. Ich will heute darauf nicht eingehen, ob, wenn einmal ein solcher Staatsstreich von oben geschieht, nicht auch ein Staatsstreich von unten berechtigt wäre, sondern nur darauf hinweisen, daß gerade das allgemeine Wahlrecht alle diejenigen mit dem Reiche ausschließt, welche sonst an ihm wegen des herrschenden Militarismus und anderer Dinge wenig Geschmack finden. Ich möchte nur hervorheben, daß gerade das allgemeine gleiche Wahlrecht zwei Seiten hat, auch für die sogenannten staatsverhaltenden Parteien. Adolph v. Wenziger hat es hier einmal ausgesprochen: das deutsche Parlament mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht ist an demselben Tage geboren, wie das deutsche Kaiserthum, und ich möchte Ihnen raten, das Volk nicht vor die Frage zu stellen, was ihm werthvoller erscheint, das Parlament mit dem allgemeinen Wahlrecht oder das Kaiserthum.

Herr Wassermann hat sich heute hier als Freund des allgemeinen Wahlrechts erklärt; aber die Presse seiner Partei war nicht immer der gleichen Meinung. Die „Adnische Zeitung“ schrieb noch vor gar nicht langer Zeit: das allgemeine Wahlrecht hat wohl noch blinde Verehrer, aber keine verstandesklaren Eiferer mehr. In der konservativen Presse ist das Wahlrecht ein Uebel, dessen Einschränkung geboten ist, genannt worden. Auch sonst machen sich Bestrebungen zur Beseitigung des Wahlrechts überall geltend. Ich erinnere nur an den Vorgang im letzten Wahlkampf, an die Aeußerung des Abgeordneten Müller-Pulda, daß ein Gesetzentwurf, der diese beschränkende Verklammerung enthalte, sich und fertig im Ministerium bereit liegt und sofort eingebracht werden würde, wenn eine bewilligungslustige Mehrheit im Reichstage vorhanden wäre. Die Möglichkeit dieser Aeußerung ist zwar bestritten worden, aber niemals widerlegt worden. Ich habe also recht, wenn ich sage, auch die Verwaltung nimmt Theil an den Bestrebungen, welche auf die Verklammerung oder Befestigung des Wahlrechts ausgehen. Aber nicht nur die Verwaltung, auch die Rechtsprechung stimmt an diesen Bestrebungen theil, die Agitation für das allgemeine Wahlrecht ist nicht zu machen. Als Vertreter eines sächsischen Wahlkreises werden Sie es begreiflich finden, wenn ich hier auf einige Urtheile sächsischer Gerichte überhaupt auf sächsische Verwaltungsmaßnahmen eingehe. Sie kennen ja die sächsische Praxis aus früheren Verhandlungen zur Genüge. Sie wissen, wie dort Vereine verboten, Versammlungen aufgelöst, Säle gewissen politischen Parteien abgesperrt gemacht worden. Bei der letzten Wahl sind zahlreiche Stimmzettel-Vertheiler verhaftet oder auf andere Weise bestraft worden. Bei der Flugblatt-Vertheilung wurde das juristische Rädchen für Alles, der grobe Unfugparagraf herhalten. Im 2. sächsischen Wahlkreise hat ein Gericht ein Urtheil gefällt, das alles bisher Nachsichtige übersteigt und ich kann wohl sagen: Sollte dieses Urtheil Nachfolge finden, so wird es fast zur Unmöglichkeit werden noch mit Flugchriften an die Wähler heranzutreten. In dem Flugblatt waren die konservativen Unterdrücker und Ausbeuter genannt und das Gericht hat erkannt, daß damit die nicht der sozialdemokratischen Partei angehörenden Personen, bei denen das Flugblatt vertheilt worden ist, belästigt worden sind. (Hört, hört, links.) Das durch die Gewerbe-Ordnung gewährleistete Recht des Flugblatt-Vertheilers existirt für das Gericht nicht. Obwohl der Inhalt nichts Strafbares enthält, konstatierte das Gericht die Belästigung und damit war die Anwendung des groben Unfug-Paragrafen gegeben. Nun gebe ich ja zu, das Flugblatt enthielt keine Schmeicheleien für die Gegner (Heiterkeit), aber dazu werden auch Flugblätter nicht geschrieben. Und was wird uns in konservativen Blättern nicht alles vorgeworfen! Aller Verbrechen, von der Blutschande bis zum Landesverrath, werden wir bezichtigt. Glauben Sie denn, daß das unsere Parteigenossen nicht auch unangenehm berührt? (Sehr richtig! links.) Was heißt also das sächsische Urtheil anderes, als die Unterbindung jeder Agitation für die Ausübung einer der Grundrechte der Nationen. Diese Rechtsprechung stellt sich dabei ganz in den Dienst der Behörden, die ein weitestgehendes Recht der Bürger untergraben. In Sachsen wird systematisch der Versuch von oben gemacht, uns Sozialdemokraten alle Wahllokale absperrig zu machen. Daß wir trotzdem noch ein paar Säle bekommen, ist den Amtshauptmannschaften sehr unangenehm, und sie haben ein neues Ausschiffsmittel erdacht und Vorschriften für die Verklammerungssäle erlassen. Nach diesen Vorschriften muß nicht nur in der Mitte des Saales ein anderthalb Meter breiter Gang bleiben, ob sonst noch freier Raum gelassen werden muß, hängt von dem Belieben des überwachenden Beamten ab, also eines beliebigen Gendarmen. (Hört! hört! links.) Die Fische müssen anderthalb Meter von einander entfernt stehen (Heiterkeit und Hört! hört! links), zu eng also brauchen die sächsischen Wähler nicht ihren (Heiterkeit).

Wenn in dieser ungeheuerlichen Weise Wahlbeeinflussung getrieben wird, dann muß jeder, dem an der Erhaltung des Wahlrechts liegt, für den Schutz eintreten, den der Reichstag dem Antrag bietet. Die Beschlüsse der Wahlprüfungs-Kommission helfen uns da nichts. Wohl hat diese Kommission ihre maßgebenden Beschlüsse, denen der gesammte Reichstag beigetreten ist, zusammengefaßt und veröffentlicht. In der Praxis aber kümmert man sich gar nicht um diese Beschlüsse; und zwar nicht bloß in Ostpreußen. In den achtziger Jahren bereits hat die Wahlprüfungs-Kommission beschlossen, daß für die Saisonarbeiter der Arbeitsort als Wahlort gelten soll; durch drei Legislaturperioden hat sie diesen Beschluß aufrecht erhalten und der Reichstag hat ihn wiederholt anerkannt. Trotzdem sehen wir in einem der ersten Wahlkreise Deutschlands, in dem Wahlkreise Leipzig die Wahlbehörde und zwar mit voller Kenntnis dieses Beschlusses gegen ihn handeln. Der Leipziger Stadtrat Ludwig Wolf, der Leiter des Wahlgeschäftes, hat in einem offenen Eingangsbrief gegen den Beschluß der Kommission gemacht und ihn als das demagogische Vortreiben des Reichstages, den Massen zu schmeicheln, bezeichnet. Gleichzeitig macht er aus seiner Abneigung gegen das allgemeine Wahlrecht überhaupt kein Hehl. Herr Wolf ist nationalliberaler Parteiführer in Leipzig. (Hört! hört!) Herr Wassermann wird also sehen, daß nicht alle seine Freunde so denken wie er. In Leipzig sind also die Saisonarbeiter in die Wählerlisten nicht aufgenommen worden, obwohl die Wahlprüfungs-Kommission das Gegenteil wiederholt beschlossen hat. Aehnliche Erfahrungen liegen über die Definitivität der Wahlhandlung vor. Der Minister Herrmann hat seiner Zeit die Behörden angewiesen, daß allen wahlberechtigten Deutschen die Anwesenheit bei der Wahlhandlung gestattet ist. Fortgesetzt wird gegen diese Vorschrift verstoßen. So hat der Regierungspräsident von Schleswig-Jümmern ausdrücklich erklärt, es komme gar nicht die Rede davon sein, daß jeder Zutritt zum Wahllokal habe. Das sind Uebanen, meine Herren, und eine Mißachtung der Beschlüsse des Reichstages. In Schweden hat unser Wahlkomitee den Vertrauenspersonen, die es in die Wahllokale geschickt hat, Karten vom Bürgermeister ausstellen lassen, die die Befähigung enthalten, daß der Inhaber der Karte Wähler sei. Es ging ja auch ganz gut, mancher wurde ja freilich trotz der Karte hinausgeworfen. (Heiterkeit.) Der bittere Nachgeschmack aber lag nach. Dem Wahlkomitee ist jetzt eine Rechnung über 90 M. präsentiert worden, weil die amtliche Stempelung der 60 Karten à 1,50 M. so viel ausmachte. (Heiterkeit.) Diese Dinge passieren nicht in China, sondern leider bei und in Deutschland. Ich empfehle nochmals, den Antrag Ridert anzunehmen; sollte ihn die Regierung auch wieder ablehnen, er wird doch so lange wiederkehren, bis er endlich zur Durchführung kommt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner (Reform-P.)

bittet um sofortige Annahme des Ridert'schen Antrages ohne Kommissionsberatung und bedauert, daß vom Bundesrath niemand anwesend ist. Wir sollten wirklich bei den Ministergeheimen einmal Schwierigkeiten machen: dann würden die Herren schon erscheinen. Die Volksvertretung hat Anspruch darauf, daß vom Bundesrath jemand hier ist, wenn Initiativanträge beraten werden.

Abg. v. Scheele-Winkler (Welfe):

Die Vertheilung an den Wahlen wird nach Annahme des Ridert'schen Antrages zunehmen, denn viele Wähler enthalten sich heute der Wahl, weil sie sich abhängig und kontrollirt fühlen. Die hannoverschen Nationalliberalen weigern sich beständig, die Forderung gleicher Stimmzettel für alle Parteien, die auch Herr Postermann heute vertrat, zu erfüllen.

Abg. Ernst (fr. Bg.):

Ich bin mit Herrn v. Stumm für die öffentliche Wahl, sobald die soziale Position jedes deutschen Wählers der des Herrn v. Stumm entspricht wird. Aber jetzt kommt durch die geheime Abstimmung die wahre Meinung des Volkes zum Ausdruck.

Abg. Limburg-Sturum (l.):

Die ganze Debatte heute ist humoristisch. Die Mehrheit des Hauses will das Wahlrecht ändern, wir wollen es aufrecht erhalten, und die Redner der Mehrheit werfen uns vor, wir wollen das Wahlrecht abschaffen. (Große Heiterkeit links.) Woher wissen Sie das? (Viele Zurufe.) Ja natürlich, eine Kritik des Wahlrechts läßt auch wir uns; aber wir sagen uns dem bestehenden Zustande. Es ist durch nichts bewiesen, daß unser Wahlrecht kein geheimes ist. Was der Abg. Kuer vorgebracht hat, dürfte wohl in seinem größten Theil nicht zutreffen, sondern genau so übertrieben sein, wie das, was der Abg. Webel über angebliche militärische Mißstände seiner Zeit angeführt hat. (Lachen links und viele Zurufe.) Das, was eventuell wahr daran ist, hat mit der Geheimhaltung des Wahlrechts nichts zu thun; jedenfalls ist eine fundamentale Aenderung des Wahlrechts dadurch nicht im geringsten als notwendig erwiesen. Sie wollen gewaltsam gegen das Wahlrecht vorgehen und werfen uns vor, daß wir eine Revolution von oben machen wollen. Sie werfen der Regierung vor, daß sie Ihnen Gelegenheiten zu stinken, aber Bundesrath und Reichstag sind zwei gleichberechtigte Faktoren; der Bundesrath hat durchaus nicht die Verpflichtung, sich um Ihre Beschlüsse zu kümmern. (Ironisches Bravo! links.)

Abg. Dasbach (Zit.):

Als Gegenkandidat des Herrn v. Stumm 1890, habe ich ihm angeboten, gleiche Stimmzettel für meine und seine Partei herstellen zu lassen. Herr Stumm hat das abgelehnt und als ich seine Stimmzettel nachzusehen suchte, veranstaltete er sofort eine neue Ausgabe. (Hört! hört! große Heiterkeit links.) Wir wollen keine Aenderung des Wahlgesetzes, sondern nur, daß endlich einmal wahr werde, was in der Verfassung steht: daß die Wahl geheim vor sich gehen solle. Aus dem Fernbleiben der Regierungsvertreter ziehe ich den Schluß, daß ihre Gründe gegen dieses Gesetz so fadenscheinig sind, daß sie sich schämen müssen, sie uns mitzutheilen. (Große Lurche rechts; lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Präsident Graf Vallasstrom ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.

Abg. Febr. v. Stumm (Rp.):

Herr Dasbach hat viel Persönliches vorgebracht, was objektiv unrichtig ist. Ich behaupte, daß keiner meiner Beamten sich unberechtigter Wahlbeeinflussungen hat zu Schulden kommen lassen. (Lachen links.) Was nennen Sie unrichtig? Was Herr Dasbach hier behauptet hat. (Lachen links.) Von seiner Seite aus sind vielmehr die unerbörten Wahlbeeinflussungen verübt worden. Man hat den Wählern gesagt: Der Dasbach nicht wählen, begehre eine Sünde gegen Gott. Ich habe das Angebot des Herrn Dasbach abgelehnt, weil ich glaube, er wolle mir damit eine Falle stellen.

Präsident Graf v. Vallasstrom: Ich kann es nicht zulassen, daß behauptet wird, ein Mitglied des Hauses habe Herrn v. Stumm eine Falle gestellt. (Stimmliche Heiterkeit.)

Abg. Gräber (Z.):

Ich meine, die Wahlproteste hätten eigentlich nicht hierhergehört, aber die Debatte hat nun einmal diesen Gang genommen. Die Thatsachen dieser Wahlbeeinflussungen beweisen, wie notwendig der Antrag Ridert ist. (Sehr richtig!) Herr v. Stumm hat dem Abg. Dasbach vorgeworfen, er habe unbestimmte Behauptungen aufgestellt, daselbe aber hat doch schließlich Herr v. Stumm auch gethan. (Sehr richtig.) Die Wahlbeeinflussungen kommen besonders in Industriebezirken vor. (Auf Singer's: Bochum und Dortmund) Bochum und Dortmund sind das typische Fälle. Dort wiederholen sich Wahl für Wahl die Vorgänge, wir mögen beschließen, was wir wollen. Die Herren von der Rechten nennen den Antrag eine Wahlrechtsänderung. Der Antrag ist keine Aenderung, sondern nur ein Schutz für das bestehende Recht. Windthorst hat nicht aus taktischen Gründen sondern aus der praktischen Erfahrung, daß der wirtschaftlich Schwache in seinen Wahlrecht geschützt werden muß, seinen Standpunkt geändert. Herr Wassermann hat den Gedanken angeregt, ob die Wahlprüfungen nicht in anderer Weise erledigt werden können, als bisher. Er hat selbst die Uebertragung an einen außerhalb des Reichstages stehenden Gerichtshof abgelehnt. Ich halte auch einen solchen Gerichtshof für ausgeschlossen. Unparteiischer würden dann die Urtheile nicht werden. (Sehr richtig! links und im Centrum.) So objektiv urtheilen wir selbst auch. (Sehr richtig!) Soweit das möglich ist natürlich, (Sehr richtig) denn, wir wollen uns darüber nicht täuschen, niemand von uns kann aus seiner Haut heraus. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Die Einsetzung einer besonderen Wahlprüfungs-Kommission ist gesehen nach den ählichen Erfahrungen, die wir mit den Zufälligkeiten Entscheidungen über Wahlproteste in den Abtheilungen gemacht haben. Nur in einer besonderen Kommission kann die juristische Tradition aufrecht erhalten werden. Gewiß läßt eine schwere Arbeit auf der Kommission, sie thut aber gut daran, wenn sie frische Arbeitskraft nicht gleich an die schwierigsten Aufgaben setzt. Das wollte ich hervorheben. Ob wir eine Aenderung in der Geschäftsführung der Wahlprüfungs-Kommission eintreten lassen sollen, das können wir mit gutem Gewissen den Mitgliedern dieser Kommission überlassen. Der Antrag Ridert liegt so einfach, daß wir ihn ohne Kommissionsberatung annehmen können. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Bindewald (Reform-P.) hält den Antrag Ridert für sehr vernünftig.

Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Nach einer weiteren Debatte zwischen Abg. Volk (natl.), Abg. Dasbach (Zeit.), Abg. Liebermann von Sonnenberg (Anti.), Abg. Ernst (fr. Bg.) und Abg. von Stumm schließt die Diskussion.

Der Antrag Ridert wird sofort in zweiter Verlesung angenommen mit allen Stimmen gegen die der Rechten.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Postetat, Etat der Reichsdruckerei. Schluß 6 1/2 Uhr.

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage wegen anderweiter Festsetzung der Dienstaterszulagen für verschiedene Beamtenkategorien und die Bewilligung von Stellenzulagen hat unter Vorbehalt des Stadtverordneten-Vorsitzer Stellvertreters Richelet und in Anwesenheit des Bürgermeisters Kirschner und des Stadtkonstitus Weise wiederum eine mehrstündige Sitzung abgehalten. Die Anträge des Magistrats bezüglich der Gehaltssteigerungen für die ehemaligen Sekretäre II. Klasse, die Titular-Sekretäre, die Assen-Revisoren, die Rentanten, die Ober-Stadtssekretäre und die Bureau-Assistenten wurden unverändert genehmigt. Die Gehaltsstala für die Bureau-Assistenten hat der Ausschuss in nachstehender Weise festgestellt: Anfangsgehalt 1800 M., nach 2 Jahren 2000 M., nach 4 Jahren 2200 M., nach 6 Jahren 2400 M., nach 8 Jahren 2600 M., nach 10 Jahren 2800 M., nach 12 Jahren 3000 M., nach 14 Jahren 3200 M., nach 16 Jahren 3400 M. Es ist somit hier über die Anträge des Magistrats hinausgegangen. Für die Steuererheber, Stadtdienern, Magistratsdienern und Arbeitshaus-Aufseher sind die Gehaltsaufbesserungen nach den Magistratsanträgen genehmigt worden.

Zur Feier des hundertjährigen Bestehens des Friedrich-Wilhelms-Hospitals am 6. d. M. hat das Magistratskollegium in seiner

heutigen Sitzung beschlossen, bei der Stadtverordneten-Versammlung die Bewilligung von 2000 M. zur Speisung der Insassen des Hospitals und 500 M. zur Ausschmückung der Anstalt am Jubeltage zu beantragen.

Lokales.

Am 19. Februar erscheint die nächste Lokalliste. Die Mitglieder der Lokalkommissionen Berlins und der Umgegend werden ersucht, Neu-Aufnahmen resp. Aenderungen spätestens bis zum 14. d. M. an Karl Scholz, Berlin S.O., Brangelstr. 110, einzusenden. — Am 18. Februar veranstaltet der Musikklub „Friederichs-Bund“ (Mitglied des Arb.-K.-B.) einen Maskenball im Klubhaus „Radoist“, Gr. Frankfurterstr. 68. Desgleichen wird von den Arbeitern des Lagers Nr. 1 der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft am 18. Februar ein Maskenball und zwar im Eisbeller, Chausseestraße, veranstaltet. Wie bekannt, stehen diese beiden Lokale der Arbeitererschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Achtung, sechster Wahlkreis! Am Sonntag, den 5. Februar, Nachmittags 6 1/2 Uhr, findet im Kösliner Hof, Köslinerstr. 8, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete G. Horn-Dresden über die Sozialpolitik im deutschen Reichthum referiren wird. Nach der Versammlung gefelliges Beisammensein. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Frau Clara Zeitlin hält heute Abend in Altem's Volksgarten, Hofenstraße 14/15, einen Vortrag: „Die neue Militärvorlage und die Frauen“. Zahlreichen Besuch erwartet Die Vertrauensperson.

Freie Volkshöhne. Die Vorstellung der 6. Abtheilung findet Sonntag Nachmittags 7 1/2 Uhr im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater statt. Zur Aufführung gelangt Wallenstein's Tod. Der Schlussstein für die Anmeldung neuer Mitglieder für die Vorstellung der 6. Abtheilung ist am Freitag, den 2. Februar. Alle Jahrestellen sind ernannt, bis zum 2. Februar er. Meldungen neuer Mitglieder entgegen zu nehmen. Für die folgende Serie der Vorstellungen am 12., 19., 26. Februar und 5., 12., 19. März, Max Dreger's dreitägige Komödie „In Behandlung“ steht ein sehr schönes Schauspiel der Frau Fräulein-Grevenberg vom Berliner Theater, welche die weibliche Hauptrolle des Stückes übernommen hat, bevor.

Der Vorstand. J. A. G. Winkler.

Schnel nach einem Talar.

Die Wahlen des Ausschusses der Arbeitgeber des Gewerbegerichts, die am Dienstag Abend erfolgten, hatten das erwartete Resultat, daß die zehn Kandidaten des Arbeitgebervereins mit 88 bis 80 Stimmen gewählt wurden. Die sozialdemokratischen Arbeitgeber-Beisitzer hatten Stimmenthaltung beschlossen und geübt.

Nach Schluß der Wahlen trat ein kaufmännischer Beisitzer auf, um den Antrag zu stellen, die Vorsitzenden und Sekretäre des Gewerbegerichts möchten mit einem Talar angethan in den Sitzungen erscheinen. Zur Begründung dieses Antrages führte der Herr die von wenig Sachkenntnis zeugende Meinung ins Feld, daß die ungebildeten Arbeiter, Schiffer etc. vor einem in Uniform dahinschreitenden Richter mehr Respekt haben würden, als vor einem Vorsitzenden in gewöhnlichem Zivilanzug.

Herr Weigert und einige andere Beisitzer schlugen in dieselbe Reihe. Herr Weigert erwähnte mit einer gewissen Begeisterung, daß ein ähnlicher Antrag, auf den der Magistrat bis heute leider nicht zurückgekommen sei, schon vor vier Jahren gestellt worden wäre; es sei mithin in Erwägung zu ziehen, ob man sich nicht an die höhere Verwaltungsbehörde oder gar an den Justizminister wenden müsse.

Der Beisitzer Hinge belämpfte den Antrag. Die Beisitzer sollten nicht papstlicher sein als der Papst. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts und ebenso die Vorsitzenden der einzelnen Kammer hätten bisher auch unter dem Vorfall des Herrn Weigert die Würde und das Ansehen des Gewerbegerichts zu wahren gewünscht, ohne daß sie im Geringsten des Talars bedurft hätten; und die Fälle, in denen das Gericht zur Verhängung von Strafen wegen Ungebühr hätte schreiten müssen, seien außerordentlich selten gewesen. Im letzten Jahre z. B. seien bei mehr denn 13000 verhandelten Klagen im Ganzen nur 23 Personen wegen Ungebühr bestraft worden.

Zu einer Abstimmung über den Antrag kam es nicht. Wer die außerordentliche Gleichgültigkeit kennt, mit der die Berliner Arbeiter den Uniformen und sonstigen Fierden begegnen, mit denen der Klassenstaat seine Beamten und anderen treuen Diener schmückt, wird den Worten des Beisizers Hinge zustimmen müssen. Jeder Richter, dem ernsthaft daran gelegen ist, sich die Achtung der Arbeitererschaft zu erringen, hat nur Eines nöthig: Er muß an den ihm vorgelegten Fall unparteiisch und ohne Klassenvorurtheil herantreten.

Zeichen der Zeit. Vor Augen wurde auf der Quartals-Versammlung der Schuhmacher-Jungung über einen auffallenden Mangel an Lehrlingen geklagt. Der Jungungs-Vorstand hat deshalb den Erziehungsbeirath für schulpflichtige Waisen ersucht, dem Schuhmacherhandwerk Lehrlinge zuzuführen, und der Erziehungsbeirath hat auch zugestimmt, dem Wunsch der Schuhmacher-Jungung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Wenn der Erziehungsbeirath den unter seinem Einfluß stehenden Waisenknaben die Aussichten, welche ein Schuhmacherlehrling für die Zukunft hat, nicht etwa in rosigem Lichte schildert, dann dürfte es ihm kaum gelingen, dem Lehrlingsmangel im Schuhmachergewerbe merklich abzuwehren. Die Schuhmacherei ist eines derjenigen Gewerbe, die durch die maschinelle Produktion mehr und mehr zurückgedrängt werden. Abgesehen von den verhältnismäßig wenigen Werkstätten, in denen das elegante Schuhwerk für die allerzahlungsfähigsten Leute nach Maß gearbeitet wird, müssen sich die meisten Schuhmacher heutzutage fast ausschließlich mit Haidarbeit beschäftigen, die aber so wenig einträglich, daß die Schuhmacher in dumpfen Kellerlöchern, oder in engen dunklen Döswohnungen hausend, ein recht kümmerliches Dasein führen. Besser situirte Meister, die in der glücklichen Lage sind, so viel Arbeit zu haben, daß sie Hilfskräfte brauchen, können oder mögen einen Gefallen nicht zahlen, obwohl die Löhne der Schuhmacher-Gesellen mit zu den allerbedrücktesten gehören. Diese Meister behelfen sich gern mit Lehrlingen; weniger um sie auszubilden, als um aus ihrer Arbeit Nutzen zu ziehen. Die hierdurch bedingte größere Nachfrage nach Lehrlingen ist die eine Ursache des Lehrlingsmangels. Die andere besteht darin, daß im Hinblick auf die schlechte Lage des Gewerbes sich die Eltern natürlich nicht geneigt zeigen, ihre Söhne dem Schuhmachergewerbe zuzuführen. Wer nicht aus pekuniären Gründen geneigt ist, von vornherein als Fabrikarbeiter, Laufbursche oder dergleichen sein Brot zu verdienen, der sucht als Lehrling in einem derjenigen Gewerbe unterzukommen, die eine Zukunft haben, wie beispielsweise die Elektrotechnik. In dieser Branche ist das Angebot von Lehrlingen so groß, daß es zur Unterbringung eines jungen Mannes von besonderer Empfehlungen und des Nachweises einer gewissen Schulbildung bedarf. Ja, man geht noch weiter. Eine der größten höchsten elektrotechnischen Anstalten stellt keinen Lehrling ein, der nicht ein Konfirmationszeugnis aufweisen kann. Also die modernste Industrie, die wie keine andere auf den Grundlagen der Naturwissenschaften beruht und eine gewaltige Revolution auf dem Gebiete der Produktion und des Verkehrs hervorgerufen hat, schießt sich bewegen, dem frömmelnden Zuge der Zeit Rechnung zu tragen und kirchliche Gebräuche konvertiren zu helfen, denen ein sehr großer Theil der hauptsächlichsten Bevölkerung gleichgültig gegenübersteht, während die ärmlichen, konservativen Vertreter eines alterwürdigen Handwerks Lehrlinge gerne annehmen würden ohne nach Kon-

Armation und ähnlichen Dingen zu fragen. Ihnen wären wohl selbst die Kinder von Heiden und Ungläubigen recht, wenn sie nur brauchbare Ausstellungsobjekte abgeben. — Auch das sind Zeichen der Zeit.

Zur Schenke in Berlin Nord, über die wir kürzlich berichteten, theilt die „Pädagog. Ztg.“ mit, daß in der nordlichen Rosenfelder Vorstadt, obwohl dort fast sämtliche Schulen schon mit „fliegenden“ Klassen versehen sind, doch im Sommer noch eine Reihe neuer hinzukommen soll. Das Blatt sagt spottend: „Es wird fortgesetzt! Das ist die Parole, die auch für das kommende Sommerhalbjahr bereits ausgegeben worden ist.“ Die Suche nach Riechzäumen, die nach einem Beschlusse der Schuldeputation dort schon zum April beschafft werden sollten, scheinen bisher keinen Erfolg gehabt zu haben, darum würden jetzt aufs Neue in der Umgegend der Brunnenstraße Mieträume zum Oktober gesucht. Die „Pädagog. Ztg.“ nennt diese Zustände bedauerlich und beklagt, daß noch nicht abzusehen sei, wann man ihnen ein Ende bereiten werde. Die städtische Schulverwaltung wird diesem Urtheil schwerlich zustimmen. Die Benutzung gemietheter Räume und die Einrichtung „fliegender“ Klassen erleichtern das „finanzielle Gelingen“ des Schulwesens, und in erster Linie darauf kommt es unserer städtischen Schulverwaltung an, — so sehr, daß sie diesem Gesichtspunkte alles Andere unterordnet. Kamentlich die Einrichtung der „fliegenden“ Klassen hat ihr nicht als eine besonders geniale Idee gegolten, weil dadurch eine gründlichere Ausübung der von den untersten Klassen nur für einige Stunden benutzten Räume ermöglicht wird.

Die Vorkände von Vereinen und Gewerkschaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß es zweckmäßig ist, bei Festen oder größeren Versammlungen Samariter zur Hand zu haben, die, mit Verbandsmaterial etc. versehen, bei eintretenden Unglücksfällen die erste Hilfe leisten können. Vorkände, welche die von Berliner Arbeitern gebildete Samariter-Kolonie unter den erwähnten Umständen in Anspruch nehmen wollen, werden ersucht, sich schriftlich an den Obmann Georg Hellmuth, Langestr. 22, zu wenden. Die Dienstleistung erfolgt unentgeltlich.

Vertrauter Byzantinismus. Ein polizeioffizielles Blatt meldet: „Der Garten des Schlosses Ronbion ist vom gestrigen Tage ab für die Dauer des Aufenthalts der kaiserlichen Familien in Berlin für das Publikum gesperrt worden.“

Diese Maßnahme ist zurückzuführen auf Vorgänge, die sich am letzten Sonntag abgepielt haben, als das Kaiserpaar mit seinen fürstlichen Gästen nach dem Gottesdienste in der Dom-Interimskirche von dem vom Garten aus zur Hofloge führenden Aufgang abfahren wollte. Das Publikum hatte die Aufsicht aus dem Garten fast ganz verperzt und sich dem kaiserlichen Gefährt in der Weise genähert, daß es für den Kaiser sehr unangenehm war, es in Bewegung zu sehen. Einige Damen, die sich allzuweit vordrängten, entzogen sich mit knapper Noth der Gefahr, überfahren zu werden. Daß diese schon so häufig getadelte Unvorsichtigkeit des Publikums das Kaiserpaar peinlich berührt, zumal wenn es in ernstlicher Stimmung das Gotteshaus verläßt, zeigt deutlich obige Verfügung. Besonders wird die Schließung des Gartens von den Kindern geeigneter Familien der Umgebung des Schlosses Ronbion bedauert werden, da er auch jetzt wegen des milden Winters einen eben so gefunden wie gegen die Gefahren des Straßenverkehrs sicheren Aufenthalt für die Kleinen bot.“ Es ist bedauerlich, daß auch die nicht byzantinischen Einwohner Berlins unter dieser Maßregel zu leiden haben.

Eine vertrauliche Sitzung der Magistratsmitglieder, die von dem ältesten Stadtrath, Herrn Haack, einberufen war, fand gestern Mittag im Rathhause statt. Der Bürgermeister Richter nahm daran nicht theil. Es liegt, wie die „Berl. Ztg.“ schreibt, die Vermuthung nahe, daß die Unzutraglichkeit, die sich für die städtische Verwaltung aus dem Ausbleiben der Verfassung der Oberbürgermeisterwahl ergeben, die Veranlassung zu der Zusammenkunft gebildet haben. Ueber die Verhandlungen und ihr Ergebnis wird strenges Stillschweigen beobachtet.

Der Lohnausfall im Deutschen Offiziersverein. Unsere gestrige Mittheilung über die merkwürdige Art, wie der Geburtstag des deutschen Kaisers in diesem Institut an den Arbeitern begangen wurde, erregte unter den Leitern des Vereins einige Aufregung. Man hätte gar zu gern die Personen, welche die Geschichte an die Öffentlichkeit gebracht haben, gemahregelt. Da dies aber seine Schwierigkeiten hat, so versuchte man es mit einer „Verächtigung“, die uns, mit den Unteroffizieren von drei Schneidern und drei Sattlern versehen, in der Abendstunde zuzug. Diese Zusage lautet: „Der Redaktion theilen wir unter Bezugnahme auf die Mittheilung in der Beilage 1 zu Nr. 27 Ihres Blattes vom 1. Februar dieses Jahres hierdurch ergeben mit, daß die von Ihnen gebrachte Mittheilung betreffs des Lohnausfalles vom Geburtstage Seiner Majestät des Kaisers und Königs auf Unwahrheit beruht. Wir haben keinen Lohnausfall erlitten und ersuchen unter Bezugnahme auf § 11 des Preß-Gesetzes Ihre Mittheilung richtig zu stellen. Namens der Verfassenden des Deutschen Offiziersvereins: Wilh. Giese, Sattler, August Schland, Sattler, F. Verg, Schneider, F. Schönlein, Schneider, Paul Tief, Sattler, A. Stoller, Schneider.“

Es ist vorzüglich von den Unteroffizieren, daß sie nur von sich selber reden. Ein solches Stillsitzen, an dem sie persönlich hoffentlich das geringere Maß von Verschuldung trifft, bleibt es aber, daß die Unteroffiziere uns der Unwahrheit zeihen angesichts des nicht wegzuleugnenden Umstandes, daß die im Offiziersverein beschäftigten Sattlerarbeiter im Unteroffizier von den Unteroffizieren als Arbeitern im Tagelohn noch nicht den Lohn empfangen haben, den die Geschäftsleitung ihnen für den 27. Januar schuldet. Die sechs Arbeiter, denen wir selbstverständlich aus bekannten Gründen verzeihen, sollten sich bei ähnlicher Gelegenheit aber vorsehen in dem, was sie unterschreiben. Die Verwaltung des Offiziersvereins jedoch thäte gut daran, den gestrigen in unserem Blatt kundgegebenen Wunsch zu befolgen und die betroffenen Sattlerarbeiter für den erlittenen Ausfall an Arbeitsverdienst nachträglich zu entschädigen.

Von der elektrischen Hochbahn. Wieder werden zwei moderne Wohnhäuser dem Bau der Hochbahn zum Opfer fallen, das Haus Kampelhofers Nr. 80, Ecke Trebbinerstraße, und das Haus Trebbinerstraße 4. Die zwischen diesen beiden Häusern liegenden Gebäude, Trebbinerstr. 1 bis 3, sind bereits vom Erdboden verschwunden, so daß die ganze Westseite der kurzen Trebbinerstraße für die Hochbahn freigelegt werden wird. An dieser Stelle soll ein großer Bahnhof der Hochbahn erbaut werden und etwas weiter hin, nach der Lindenwalderstraße zu, die Ueberbrückung der Potsdamer Bahn stattfinden. Die Ueberbrückung des Landwehrkanals am Wasserthor wird ebenfalls in der nächsten Zeit vorgenommen werden.

Die Weichen bei den Geleisen der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft. Der Pferdebahnhofs Rath, dem die Schuld an dem traurigen Unglücksfall am Halleschen Thor beigemessen wird, erklärte bei seiner Vernehmung, daß die Weichen in der Königsgrabenstraße richtig gestanden habe und durch irgend welche besondere Umstände, möglicherweise durch die Hufe der Pferde, deren Eisen sich in die Junge zwängten, umgeworfen worden sei. Eine derartige Möglichkeit ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, umsoweniger, als ähnliche Vorkommnisse schon öfter beobachtet worden sind.

Die Tollwuth-Schnitzstation ist gegenwärtig wieder sehr in Anspruch genommen. Zu den Patienten gehört der Kreis-Thierarzt Werner aus Niederholland, der sich bei der Sezierung eines tollwüthigen Hundes an der Hand verletzt hatte. Ferner sind drei Personen aus Mittel-Heidelberg eingeliefert, die von einem wüthenden Kettenhund gebissen worden sind. Endlich sind noch der Lehrling Winkelmann und ein Präkule hier eingetroffen, die in Fürst-Gisguth von einem tollwüthigen Hund gebissen wurden.

Die Einfuhr von Marktgütern in der Berliner Central-Markthalle, soweit sie mittelst der Eisenbahn erfolgte, betrug in der

Zeit vom 1. April 1897 bis 31. März 1898 insgesamt 62 100 062 Kilogramm (gegen 51 336 800 Kilogramm im Vorjahre). Die Ausfuhr per Eisenbahn stellte sich im Berichtsjahre 1897—98 auf 3 274 460 Kilogramm (gegen 2 404 660 Kilogramm im Jahre 1896 bis 1897). Die Verwaltung der städtischen Markthallen zahlte 1897—98 an die königliche Eisenbahn für Betriebskosten 81 686,48 M., ferner an Holzgeld 552,05 M. Die sonstigen Ausgaben für Unterhaltung der Eisenbahn-Anlage, Beleuchtung der Bureauräume etc. betragen 1 479,52 M. Dagegen sind an städtischen Bahngeldern für die Verwaltung der Markthallen 78 629,40 M. erhoben worden.

In der Sache Effer-Wagner erklärt die „Tägl. Rundschau“ heute, daß die Angelegenheit vor eine Instanz gebracht ist, die eine öffentliche Erörterung zur Zeit als unzulässig erachtet.

Mit Hilfe des Verberaliums ist es gelungen, den Expeditionsschwundler zu ermitteln, über welchen vor kurzem berichtet worden ist. Derselbe, ein alter vielfach vorbestrafter Häufchen, ist bereits zur Haft gebracht und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Er operirte bekanntlich in der Weise, daß er bei Privatleuten einen mit dem Quittungstempel einer bekannten Expeditionsfirma gefälschten Frachtbrief vorlegte und die Spesen für Rachnahme, Provision und Fracht, meist in beträchtlicher Höhe erhob. Unter anderem hat er einer Dame vom Theater 20 Mark abgeschwindelt auf Grund eines Frachtbriefes, auf welchem die Abendung einer kostbaren Robe durch einen Kavallerie fiktiv war. Einen Geistesigen hat er um 40 Mark geschädigt, bei einem bekannten Theateragenten sind seine Bemühungen erfolglos gewesen, da der Betreffende den Schwindler durchschaute. Der Gauner ist in 3 Fällen gefänglich, dürfte sein Handwerk jedoch noch öfters mit Erfolg ausgeführt haben. Weitere Anzeigen werden bei der Kriminalpolizei, Zimmer 48, in den Vormittagsstunden und in den Polizeirevier entgegen genommen.

Schon wieder hat ein Zusammenstoß auf der Straßenbahn stattgefunden: An der Ecke der Charlotten- und Schützenstraße fuhr der Wagen 1300 der Linie Behrenstraße-Kreuzberg auf den Anhängewagen 62 der Siemens u. Halskebahn von der Linie Behrenstraße-Bienenerbrücke. Der letztere Wagen hatte die Charlottenstraße noch nicht duragesahren, als der erstere ihn in der Seite traf. Der Anhängewagen wurde aus dem Geleise herausgeworfen und namentlich an der hinteren Seite stark beschädigt. Der Wagen der Kreuzberg-Linie trug am Vordertheil bedeutenden Schaden davon und mußte später außer Betrieb gesetzt werden. Die Verletzungen der Fahrgäste, die durch umherfliegende Glassplitter verursacht wurden, waren nur leichter Natur, so daß niemand sofortiger ärztlicher Hilfe bedurfte.

Die im Samariterdienst ausgebildeten Beamten der städtischen Markthallen haben in der Zeit vom 1. April 1897 bis 31. März 1898 in 424 Fällen die erste Hilfe geleistet. Es handelte sich um 23 Quetschungen, 45 Wundwunden, 35 Stichwunden, 14 Stohwunden, 238 Schnittwunden, 46 Hiebwunden, 1 Verrenkung, 4 Krampfanfälle, 2 Krampfadern, 1 Entzündung, 6 Ohnmachtsanfälle, 6 Schlagwunden, 1 Bruch, 1 Blutvergiftung und Deffnung eines Karbunkels.

Kollidie sind in jüngster Zeit im Südwesten Berlins wieder in Thätigkeit. Innerhalb weniger Tage sind fünf Fälle zur Anzeige gekommen, in denen Frachtstücke von Holzwagen fortgestohlen wurden. Der letzte dieser Diebstähle war für die Thäter besonders gewinnig. Es gelang, von dem vor der Wasserthorstr. 58 haltenden Wagen, dessen Führer Bodjweit ein Komptoir betreten hatte, einen 69 Kilogramm schweren Ballen Leinwand im Werthe von 200 M. unbemerkt zu erbeuten und in Sicherheit zu bringen.

Vermißt wird das 18 Jahre alte Dienstmädchen Antonie Drinke, das seit Weihnachten bei dem Staatssekretär des Reichspostamts in Stellung war. Unter dem Vorgeben, ihre Mutter besuchen zu wollen, ging das Mädchen am Sonnabend Abend aus. Da es nicht zurückkehrte, wurde Nachfrage gehalten und ermittelt, daß es nicht bei der Mutter gewesen ist.

Zur weiteren Heiligung des Eigenthums. Das Polizeipräsidium theilt mit: Die Vorstände der Handelsverbände in Hamburg und Berlin haben wie in den vorangegangenen Jahren, auch für das Jahr 1898 eine Gelbbumme bereit gestellt, um aus derselben demjenigen, welcher im Laufe dieses Jahres eine Veruntreuung oder Unterschlagung an Kaufmannsgütern auf der Schiffahrtstrecke zwischen Hamburg und Berlin mit dem Erfolge einer rechtskräftigen gerichtlichen Verurteilung des Täters oder mit dem Erfolge des Schadenersatzes zur Anzeige bringt, eine Belohnung von 50 bis 100 M. zu gewähren.

Daß die Dummheit nicht alle werden, lehrt folgende amtliche Mittheilung: In verschiedenen Drogenhandlungen werden sogenannte Vorkreuzer zum Preise von 1,25 M. bis 2 M. feilgehalten. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Vorkreuz ein lediglich auf Täuschung berechnetes Mittel ist, dem nach dem Urtheil maßgebender Sachverständiger jedwede Heilwirkung abgeht und dessen realer Werth 10 Pf. beträgt.

Diebstahl. Das Polizeipräsidium theilt mit: Bei einem kürzlich wegen Einbruch-Diebstahls in Haft genommenen Menschen ist ein graugrüner Winterüberzieher mit gleichfarbigem Sammetkragen und olivgrünem Satinunter vorgedungen worden, der zweifello aus einem Diebstahl herrührt. Eigenthümer wollen sich in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr im Präsidialgebäude, Eingang Stadtbahn, Zimmer 37, melden. — Im Laufe der letzten 8 Tage, besonders am Kaisergeburtstage, sind verschiedenen Taschendieben eine Anzahl Portemonnaies abgenommen worden, zu denen die Eigenthümer bisher nicht haben ermittelt werden können. Behufs Rekonstruktion dieser Portemonnaies werden Bestohlene ersucht, sich Wochentags Vormittags im Zimmer 97 des Polizei-Dienstgebäudes, Alexanderstr. 3—6, Eingang Stadtbahnseite, einzufinden.

Bei einem Schankkasten-Diebstahl sind dem Wirthschafter Bernh. Dähne in der Reichsbergerstr. 17 vergangene Nacht etwa 20 Taschenuhren gestohlen worden.

In der Urania wird Herr Oberleutnant Wensky seinen Vortrag über Mondhyle am Sonnabend, sowie auch am Sonntag und Montag wiederholen.

Feuerbericht. Mittwoch früh kam Stralauerstraße 50 in einer portiere belegenen Tischlerei ein Schadenfeuer aus, das die Bewohner des ersten Stockes gefährdete. Der Inhalt einer Wohnung wurde fast ganz vernichtet, bevor es gelang, die Flamme zu löschen. Gleichfalls in einer Tischlerei und zwar Friedrichstr. 53 war kurz darauf ein Brand zu beseitigen, der Hobelspäne und Kuchholz zerstörte. Vormittags 10 Uhr hatte Kommandantenstraße 26 der Fußboden Feuer gefangen, während gegen 11 Uhr Stralauerstraße 60 das Zwiischengebälld brannte. Am Dienstag wurde Kaiserstr. 13 der Inhalt einer Manfardentwohnung und Heilige-geiststraße 15 eine Kiste eingestrichelt. Nach Friedenstr. 53 und Pruchstr. 8 wurde die Wehr ebenfalls gerufen, doch handelte es sich in beiden Fällen um unbedeutende Brände.

Aus den Nachbarorten.

Auf die heute in Charlottenburg, Bismarckhöhe, Wilmsdorferstraße 30, stattfindende Volksversammlung machen wir unsere Leser aufmerksam.

Parteigenossen Schuebergs! Um allen Schichten der Bevölkerung das brutale Benehmen des Herrn August Scherl seinen Arbeitern gegenüber klar zu machen, findet am heutigen Abend von den bekannten Stellen aus eine zweite Flugblatt-Vertheilung statt. Ein jeder organisirte Arbeiter hat die Pflicht, dazu zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Großlichterfeld. Die Arbeiter der hiesigen Gasanstalt versammelten am 4. Februar einen Volk in Richter's Lokal, verlässerte

Wilhelmstraße. Wir machen darauf aufmerksam, daß genanntes Lokal gesperrt ist. Die Lokalkommission.

Der neue Oberbürgermeister von Charlottenburg, Herr Schultze-Haus, ist gestern in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten in sein Amt eingeführt worden. Herr Schultze-Haus äußerte sich in seiner Antrittsrede zum besonderen Dank an die Aufsichtsbehörde verpflichtet, die seine Bestätigung an „allerhöchster Stelle“ befürwortet habe. „Der laun lachen!“ wird es im Berliner Kommunalstreifen heißen, wenn man dort von der unbewachten, aber darum nicht minder schneidenden Satire vernimmt, mit der Herr Schultze-Haus das trüffelhafte Wesen glottet hat, das man in Preußen immer noch „das hohe Gut der Selbstverwaltung“ nennt.

Mit geschmetertem Schädel wurde Dienstag Abend um 7 Uhr der 40 Jahre alte Wagenpauer Vogel aus der Kantstr. 54 zu Charlottenburg zwischen den Geleisen der Ringbahnzüge Hallesche und Westend, dicht am Bahnhof Charlottenburg, aufgefunden. Der Tod war bereits eingetreten. Vogel war vorher in den Werkstellen gewesen und war auf dem Wege über die Schienen von einem Zuge gefaßt worden. Er hinterläßt eine Frau mit fünf Kindern.

Friedrichshagen. Infolge der Eingemeindung der Kolonie Hirschgarten und der Zagen 295, 307—310 des königlichen Köppler Forstreviers in den Gemeindebezirk Friedrichshagen, ist durch Beschluß des kollegialischen Gemeindevorstandes eine Neueinteilung der Grenzen der Gemeinde-Wahlbezirke in der dritten Wählerabtheilung erfolgt. Dieser Beschluß hat jetzt die Bestätigung des Kreis-Ausschusses vom Kreise Niederbarnum erhalten. Die dritte Wahlabtheilung besteht aus zwei Bezirken; die Zahl der von den Wählern der beiden Bezirke zu wählenden Gemeindevorordneten ist nicht abgeändert worden, jedoch der erste Wahlbezirk wie bisher zwei Verordnete, der zweite Wahlbezirk dagegen drei Verordnete zu wählen hat. — Am Dienstag verunglückte auf dem hiesigen Güterbahnhofe beim Abladen kleiner mit Sand beladener Kippwagen ein Arbeiter aus Ebneth. Er wurde erheblich verletzt. — Unser Ort zählt gegenwärtig (einschließlich Hirschgarten) ca. 10 250 Einwohner. Nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht betrug im Jahre 1763 die Seelenzahl der Kolonie Friedrichshagen 411; es wohnten am Orte 98 Familien, davon waren 65 deutsche und 33 böhmische. Begründet wurde die Kolonie im Jahre 1763 von Friedrich II. Demnach kam der Ort im Jahre 1903 auf sein 150 jähriges Bestehen zurückzublicken.

Der erste Unfall auf der Eisenbahn hat sich am vorgestrigen Tage ereignet. Die überschwemmten großen Wiesenflächen bei Hirdorf werden von der dortigen Jugend als willkommene Eisenbahnfläche betrachtet und hunderte von Kindern tummeln sich lustig auf den ausgedehnten Bahnen. Vorgestern Nachmittag liefen zwei Knaben derartig auf einander, daß beide zu Fall kamen. Während der eine Anschlag ohne jegliche Verletzung davon kam, erlitt der zweite, der 11 jährige Schüler Menke einen Bruch des rechten Unterschenkels und mußte nach einem Krankenhause gebracht werden.

Aus Adlershof schreibt man uns: Mit welcher Fürsorge der Amtsvorsteher v. Oppen sich bestimmter Gastwirthe annimmt, zeigt folgender Fall. Vor einigen Tagen kam eine Berliner Theatergesellschaft nach unserem Orte, um dem hiesigen Publikum so etwas wie einen Kunstgenuss zu bieten. Die Leute hatten sich das Lokal von Schmauer ausgesucht, weil hier der stärkste Verkehr ist. Das war Herr v. Oppen nicht recht. Er setzte den Schauspielern auseinander, daß er sich nunmehr erst genau erkundigen müsse, ob der Direktor auch Konzession habe, ob die Künstler unbefristet seien; und auch das Programm müsse von ihm, dem Amtsvorsteher, genau geprüft werden. Und wenn in diesen Punkten alles in Ordnung wäre, müsse er auch die Bühne im Lokal von Schmauer genau revidiren lassen. . . ob sie nicht lieber bei Wöllstein spielen wollten? Die armen Schauspieler gingen natürlich zu Wöllstein, der ihnen sofort erklärte, daß er schon alles besorgen werde, sie brauchten sich um nichts zu kümmern. Am Donnerstag schon konnten sie zu spielen beginnen. Es ist begreiflich, daß der Gastwirth Wöllstein Herrn v. Oppen für einen bedeutenden Mann hält. Er legte in seiner Begeisterung für den Amtsvorsteher den übrigen Wirthen am Orte eine Postadresse zum Amtsjubiläum vor, doch wollte anfangs keiner recht unterschreiben. Herr Wöllstein wußte sich aber zu helfen. Er arrangirte zunächst selber die Unterschrift einiger Kollegen und als die übrigen sahen, daß etwelche Namen unter der Adresse standen, unterschrieben sie auch aus eigenen Stücken. Bald klarte sich aber der Irrthum auf. Herr Wöllstein wurde wegen der ersten Unterschriften zur Rede gestellt und antwortete, daß die von ihm verzeichneten Namen nicht die wirklichen Unterschriften, sondern nur Vermerke, mit denen er nach keiner Seite Anstoß zu erregen glaubte, aus seiner Hand seien. Tableau!

Prachtstraßen-Projekte schwirren neuerdings vielfach durch die Luft. Das neueste ist folgendes: Eine Prachtstraße nach dem Brunenwald soll auf Anregung der beteiligten Gemeinden vom Rollendorf-Platze aus angelegt werden. Das Projekt wird damit begründet, daß die einzige Verbindung der Reichshauptstadt mit dem Brunenwald, der Kurfürstendamm, schon jetzt so überlastet ist, daß die Polizeibehörde wiederholt mit verkehrshindernissen Verfügungen hat eingreifen müssen. Die neue Prachtstraße soll vom Rollendorf-Platze aus direkt nach Hundeshöhe führen, würde also erheblich länger werden, als die jetzige Verbindung zwischen Zoo- und Hallesche. Die hauptsächlich beteiligten Gemeinden Wilmersdorf und Schmargendorf betreiben die Angelegenheit angeblich mit Eifer.

Gerichts-Beilage.

Juchthauskurs in Sachsen. Der Löblauer Bauarbeiter-Arbeitsrat stand am Mittwoch vor dem Schwurgericht Dresden zur Verhandlung. Die Anklage ist erhoben gegen 11 Bauarbeiter wegen Landfriedensbruchs, versuchten Todtschlags, gefährlicher Körperverletzung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. Der der Anklage zu Grunde liegende Vorgang ereignete sich am 6. Juli, eines Mittwochs im vorigen Jahre nach Feierabend auf einem Neubau in Lobtau. Eine Anzahl Bauarbeiter gingen von Arbeit kommend an einem anderen Bau vorüber, auf welchem noch gearbeitet, „Niederstuden“ gemacht wurden. Die Vorbeigehenden riefen den auf dem Bau Arbeitenden zu, sie sollten doch auch aufhören und die zehnjährige Arbeitszeit einhalten. Es kam zu einigen — aber ganz harmlosen — Auseinandersetzungen. Auf einmal feuerte der Polier Klemm, der Leiter des Baues ganz unvermittelt einige Schüsse aus einem Revolver auf die untenstehenden Arbeiter ab, blinde Schüsse allerdings. Die Arbeiter glaubten sich aber bedroht und drangen deshalb in den Bau und auf der Polier ein, diesen mit Schirmen und Stöcken so bearbeitend, daß er anscheinend bewußtlos liegen blieb. Es kam aber, wie es bei solchen Gelegenheiten geht, zum allgemeinen Handgemeine; auch die angreifenden Arbeiter wurden verletzt. Polizei und Staatsanwalt bemächtigten sich des Falles, gingen aber nicht gegen den provozirenden Revolverhelden, sondern gegen die Arbeiter vor.

Es wurden gegen 30 Verhaftungen vorgenommen. Der Polier kam bei seiner Provokation ganz außerordentlich gelinde davon. In andern Tagen hat er vom Balkon den Arbeitern schon wieder Anweisungen erteilt. Wichtig ist ferner, daß Herr Klemm außerordentlich zum Schießen geneigt zu sein scheint. Er soll sich öfter auf seinem Bau im Schießen geübt und früher einigen Arbeitern schon einmal damit gedroht haben, weil diese sich abfällig darüber äußerten, daß sie am Lohn tag ihren Lohn nicht bekämen.

Von den Angeklagten sind neun verheirathet und meist Familienväter; acht der Angeklagten sind seit dem Vorgang in Unterdrückung. Die Verteidigung liegt in den Händen von fünf hiesigen Rechtsanwältinnen, und des Rechtsanwalts Heine aus Berlin. Die Anklage vertreten Oberstaatsanwalt Dr. Bar und ein Assessor. Die Verteidigung, sowie Staatsanwaltschaft machten in ausgiebiger

Das Arbeitersekretariat in Nürnberg.

Am Sonntag tagte in Nürnberg eine Versammlung, in der Genosse Segig den Jahresbericht der Sekretäre erstattete.

Seine Haupttätigkeit entfaltete das Sekretariat auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, wobei die Beobachtung gemacht wurde, daß die Unfallversicherung den Arbeitern in immer verstärkter Weise Anlaß zu Beschwerden gibt.

Weglich der Invalideitäts- und Altersversicherung kommen nicht so häufige Klagen, da das Nürnberger amtliche Bureau in dieser Beziehung seine Schuldigkeit thut.

Die Krankenversicherung betreffend wurde das Sekretariat viel mit Beschwerden von Arbeitern beschäftigt, die von den Unternehmern abgemeldet wurden.

Die 50 an den Fabrikinspektor übermittelten Beschwerden bilden eines der traurigsten Kapitel des Berichtes. Ueber die Erledigung der Beschwerden, sowie über die ganze Gewerbeaufsicht wurde beim Sekretariat lebhaft Klage geführt.

Die Lohn- und Arbeitsdifferenzen waren sehr zahlreich, doch kam es nicht zu lang andauernden Kämpfen; bei den Unterhandlungen machte sich die höhere Leistungsfähigkeit der größeren Gewerkschaften in sehr günstiger Weise fühlbar.

Was den öffentlichen Erfolg des Sekretariats anbetrifft, so wurde wiederum in zahlreichen Fällen den Rechtssuchenden auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, Armenpflege etc. zu ihrem Recht verholfen.

Die finanziellen Verhältnisse des Sekretariats sind, trotz des niedrigen Wochenbeitrages von 2 Pfg., sehr gute. Die Einnahmen betragen im vorigen Jahre 10 099 M. und überstiegen die von 1897 um über 3000 M.

Mißstände im Baugewerbe.

An die Bauhandwerker Berlins und der Umgegend!

Unsere Berufsgenossen haben in den letzten Jahren ganz erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung ihrer Lage gemacht. Im Allgemeinen ist im Baugewerbe eine Besserte gekehrt für die Verkürzung der Arbeitszeit; die größten Verurtheilten arbeiten heute nur noch 9 Stunden pro Tag.

Dies sind die größten Mißstände im Baugewerbe. Wie ist nun diesem abzuwehren? Wir haben oben gesehen, daß wir trotz rühmlicher Agitation bis heute eine Besserung nicht herbeiführen konnten.

Der Ausschuss der Mißstandskommission: G. Guth, Töpfer, Weberstr. 88. G. Lint, Maler, Prinzenstr. 70. A. Knoll, Steinseher, Waldenserstr. 18. J. Dietrich, Fuhrer, Schwedersstr. 20. A. Panzer, Maurer, Lindenstr. 106.

Gewerkschaftliches.

Für die Weber in Arefeld gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommmission folgende Beiträge ein:

- Tapeteur der Firma A. Schäfer, Oranienstr. 5.-, Firma Krüger, Michaelkirchplatz, Saal III 4.90. Knopffabrik Manasse, Wallstraße 7.65. Former, Wasserthorstr. 8. 3.-, Kollegen der Piano-fortefabrik Lehmann u. Co. 10.-, Tischlerei Krausenstr. 31 7.10. Tischlerei Hüllendorf u. Kroll, Königsbergerstr. 1. Rate 29.-, Mehrere Holzwärmer von Siemens u. Halske O. B. 6.80. Von 60 A. 12.55. Tanzlehrer-Verein „Solidarität“ 12.-, Buchdruckerei von Maurer u. Dimmid 14.-, Möbelfabrikerei G. G. Plögensee, mit Ausnahme eines Fräisers 9.15. Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 30.-, Zentralisirte Maurer in Steglitz 50.-, Lithographen und Stein-drucker der Firma Werke u. Co. 15.50. Assenbrüder, Röhrenstr. 7.-, Tischlerei Eberhardt, Michaelkirchstr., 10.05. Verband der Studen-tens, Rikstraße Berlin, 100.-, Interessentenverein der Produktenhändler Berlins 11.50. Die Hälfte der Felleinbringung vom 22. 1. 99 bei Keller 60.-, Morgenpost 4.05. Berliner Zeitung 6.40. Verband deutscher Buchdrucker durch Cf. 1000.-, Tapeteur der Firma Eberhardt mit Ausnahme von 4 Kollegen 8.-, Tischlerei v. Schaub u. Franz 21.10. Personal Handwerker u. Quitt 5.-, Tischlerei Sauer, Rantaustr. 1. Rate 6.85. Drechsler A., Rantaustr. 1. Rate 6.85. Tischlerei Barock, Hartmann 11.50. Gelang-verein „Liederkreis“ 10.-, „National-Zeitung“ (Werk und Zeitung) 17.70. Rollenspiel „Piff“ 5.-, Stochfabrik von Goltbach 10.-, Werkstatt Schmidt u. Co., Stallfriedrich-str. 18. 3.-, Arbeiter und Arbeiterinnen der Blechplatt-fabrik Otto Lutz 18.50. Ludwigsbr. Fabrik Heilmann u. Co. 9.50. Tischlerei A. Schulz, Elisabeth-Str. 5.25. Buchdruckerei Krebs 1. Rate 4.-, Tischfabrik Geelhaar, Müddersdorferstraße 7.-, Bucherei Engel u. Hegewald 7.-, Buchdruckerei O. Drewh 5.65. Stütz-fabrik Jacobi, Drummenstraße 6.70. Silbermann, Metallarbeiter 25.-, Möbelfabrik von Equis 3. Rate 11.75. Pianofabrik von G. Schulz 12.-, Geburtstagsfeier bei Ohse 3.-, Arbeiter Kasse u. A. Co. Charlottenburg, Gutenbergstraße 17.-, Buchdruckerei Hempel u. A. 2. Rate 24.20. Christoph Grim u. Sohn, Säuhfabrik, Reichs-bergstraße, 10.-, Herr Griener 4.50. Die rote Brot-farm 3.-, Holz- und Bretterträger Berlins d. G. 20.-, Radierer von Menzshamer u. A. 3.45. Theobor Schneider, Schlosser außer Diensten 1.-, Arbeiter-Sängerbund d. R. 200.-, Dr. C. Freudens-berg, für ein Referat bei den Schneidern 6.-, Männer-Gesang-verein „Beim Weib“ 10.-, Tischlerei Stein, 3. Rate 6.00. Röhren-möbelfabrik Schwarz 3.-, Stämpfelfabrik und noch ein alteres Fabrik 6.-, Tischlerei v. Osten, Brunnenstr. 5.-, Holzarbeiter-Verband, Bahnhofsstraße 50.-, Verband der Vergolder, Rikstraße Berlin 100.-, Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchdruckerei R. Bading 10.-, Stützfabrik „Gemütslichkeit“ 15.-, Verband der Gold- und Silberarbeiter, Berlin, d. Pr. 100.-, Spielverein Hoff-mann 2.70. Buchdruckerei Gebr. H. 10.50. Dr. Leo Arons 50.-, Arbeiter-Gesangverein „Freiheit III“ in Weihenice 10.-, Verein der Bäcker und Arabatenbrunnen d. St. 25.-, Arbeiter-Bildungs-verein Schöneberg 20.-, Buchdruckerei Felgentreff 6.60. Firma Volzani d. Rud. Halle 49.35. Möbelpolier J. G. Pfaff, Zeughoffstr., 2. Rate 8.25. Möbelfabrik J. C. Pfaff, Zeughoffstr., Tischlerstr. 11 9.50. Tischlerstr. 11 10.-, Tischlerstr. 11 11.00. Tischlerstr. 11 14.05. Möbelfabrik v. Barth 13.70. Ein Amberger Genosse 2.-, Zentral-Verband deutscher Brauer u. Berufsengenossen, Zweigverein Berlin 50.-, Gesangverein der Möbelpolier 10.-, Tischlerstr. 3.-, Nord-Deutsche Buchdruckerei, Saal I, 15.-, Ein Berliner-Arzt 10.-, Gesangverein Allegro 7.50. Hülense der Silberwaarenfabrik C. G. 1.75. Tischlerei von Wehr, Friedenstraße, 2.00. Mitglieder der Union-Druckerei, 2. Rate 5.60. Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend 200.-, F. G. 1.-, Posten-ball am 21. Januar vom Handklub Arona und Neuer Berliner 12.50. Buchdruckerei J. W. Meher, 2. Rate 3.50. Verzeigerung: In der vorigen Auktion muß es heißen: Buchdruckerei J. S. Hermann statt 20 R. 30 R. Weitere Beiträge nimmt im Berliner Gewerkschaftsbureau Rud. Willing, Ammerstr. 16, I entgegen. Geöffnet: Wochenabends von 9-1 und 6-8 Uhr.

Am 21.-25. Januar sind bei dem Rixdorfer Gewerkschaftsbureau eingegangen und bereits abgegeben: Von den Bau- und gewerblichen Hilfsarbeitern 50.-, Auf Listen gesammelt 50.-, Weitere Beiträge nimmt der Vertrauensmann der Gewerkschaften August Kierich, Rixdorf, Steinmeißstr. 85, entgegen.

Unternehmer-Verbände.

Neuer Kohlenhändler-Ring. Eine Anzahl von Firmen in Essen, Dortmund, Bochum, Hamm, Bielefeld, Minden, Münster, Witten, Conrath, Alma und Heddinghausen haben, um einerseits eine rationelle Ausnutzung des Verkehrs auf dem Dortmund-Embs-Kanal zu ermöglichen und andererseits eine Verminderung ihrer bis-herigen hohen Geschäftsunkosten herbeizuführen, im Einverständnis mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat unter der Firma „Westfälische Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ eine gemeinsame Verkaufsstelle mit dem Sitz in Dortmund gebildet.

Achtung! Vereine und Gewerkschaften.

Die Arbeiter-Zamariter-Kolonne hat Herrn Georg Hellmuth, Langebrunn 22, als Obmann gewählt, welcher Aufträge zur Sendung von Samaritern bei Arbeiterfesten oder größeren Versammlungen entgegen-nimmt.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahn-ziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Theilzahl. wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprossst. 9-7

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131. Konstante H. & M. Lewent. Beamten Zahl. Bed. ohne Anzahl.

Sterbekasse ehemals Wäng'iger Arbeiter. (Hegelsche Kasse.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die erste Abfertigung in Sterbefällen von heute ab bei dem neugewählten Schriftführer Eduard Zier, Wolfgalerstr. 8, vorn 3 Tr. stattfinden.

Hans Kayser 8306. Görtlicher Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Achtung! Vereine. Zwei Zimmer, 20 u. 40 Personen fassend, empfiehlt Ernst Hier, Alte Jakobstraße 119.

Distillation, gangbar, Umkunds halber sofort ver-aussicht. Röhrens Markstr. 12 im SolaL. 4936

Masken-Berleig-Institut. Masken von L.-Markt an. Ferdinand Gente, Denuwigerstr. 1.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-Bairischbier-und gr. Speisegeschäft. Reich-haltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Biersäle mit Klavier für 20-50 Personen. H. Straum, Rest. Ritterstr. 123.

Wirtshaus z. eichenen Stab. Wein und Bierfabrik-Lokal. 2 Be-ruhigungszimmer, 15 und 50 Personen. C. Schöning, Weidenweg 38.

Neu-Beigener, Bäckerei. Billig sofort zu vermieten. Bis zum 1. April d. J. ist die Bäckerei miethetfrei. - Näheres beim Verwalter Karger. 44/18

6 anständige Herren finden fröhlichen Privat- Mittagsdinner. Bisherige Anmeldung. Weberstr. 1, II 14946

Dr. med. Schaper, prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Gharu-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8. Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend ab 7-8. Friedrichstraße 114. I. 8396 L.

Zähne 1,50 M. Reparaturen 2 Pfg. Schmerzl. Zahngold 1 Pfg. Plomben 1 M. zc. E. Fuhrmann, Dentist, Schwedersstr. 245 A. Gde. Kasanien-Allee. 8392*

Arbeitsmarkt. Achtung, Holzarbeiter! Bei der Firma Fork, Kreuzschmar & Co. Barnimstr. 13, (Magazin Jannowitz-Brücke), haben sämtliche Tischler wegen Diffe-renzen die Arbeit niedergelegt. Zugang fernhalten! Die Kreisverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter. Bei der Firma Carl Lutz (Adlershof) haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit eingestellt 7/20

Zugang ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Methige und strebame Vermittler in Berlin und den Vororten für Personalveränderungen gesucht. Durch hohe Provision und Kostentheil habe Verdienst. 44/47

Wichtigen Beleger (Presser) für Goldbleien verlangt 492b. Probat, Köpenickerstr. 37.

Liniere, zuverlässige, auf Fein-ger Maschinen, wollen sich melden bei Hofenstahl, Zump & Comp., Ge-schäftsbücherei, Holzmarktstr. 67.

Leidermodelleure finden bei gutem Lohn [81/4] sofort dauernde Beschäftigung bei O. Schallin, Wilsdorfstr. 55, Berlin.

Tücht. Dirigenten f. ein gr. Ge-fangenen-Anstalt in Vorpommern, Raxstr. 6, Schöneberg. [4955]

Kesselschmied, tüchtig und erfahren, auch in Repa-ratur-Arbeiten, sofort gesucht. Weitere Schloffer werden bevorzugt. Offerten sub E. 9 bef. d. Exp. d. „Vorw.“ [491b

Lehrling für das Posamentier-Gewerbe ver-langt unter günstigen Bedingungen, Anfang 4,50 M., sofort oder später Lehrer, Elisabeth-Ufer 19.

Stepperein auf Hosen im Gaus, Kaiser, Kasanien-Allee 39, I, 4. [4966]

Maschinennählerin auf Nähmaschinen in u. a. neuem Hause u. Zierlich, Wilsdorfstr. 9.

Mamsells u. Verführerin auf Zandts u. Hofenberg, Kommandanten-str. 27. [4988]

Mamsells auf bessere Regenschirme vert. Pfister, Sanftstr. 39, v. I. [4926]

Phantazie-Federn. Gedächtnis-Arbeiten finden dauernde Stellung. Wilhelm Frenckstadt, Kommandantenstr. 80/81, II. [457*]

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 2. Februar.
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsch. Die drei Reiterfedern. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Raja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubad. Der Schlafwandler - Kontrakt. Vorher: Zum Einfiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Hofgärtchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleinen Mädchen. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Leidende. Anfang 8 Uhr.
Weihen. Eugen Onegin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Schildebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Kon. oder: Genie und Leidenschaft. Anfang 8 Uhr.
Velle-Miliane. Der Schlagbaum. Anfang 8 Uhr.
Spend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Das Land der Fjorde. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Berliner Mädel. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Die schöne Kofferbäuerin, oder: Der Kammerherr bei St. Anna. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taudenstr. 48-49. Naturbühne. Anfang 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/58. Täglich Abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag 8 Uhr:
Die Leidende.
Freitag 8 Uhr:
Zum 1. Mal:
Die Bürgermeisterwahl.
Unter vier Augen.
Sonntag 8 Uhr:
Die Bürgermeisterwahl.
Unter vier Augen.
Spend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 40. Male:
Der Brandstifter.
Sensationelles Gastspiel mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von S. Orlow. Musik von E. Ball. Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.
Bürgerschaftlich haben Gültigkeit.
Morgen und folgende Tage: Der Brandstifter.
Sonntag Nachmittag: Wilhelm Tell.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Heute Donnerstag: Zum 35. Male:
Die kleinen Mädchen.
Operette in 3 Akten v. André Messager.
Hierauf:
Die Engelsjäger.
Tanzspiel in 14 Bildern von S. Regel und J. Bayer.
Morgen und folgende Tage: Die kleinen Mädchen und Die Engelsjäger.
Sonntag, den 4. Februar:
Grosses Berliner Carnaval-Ballfest.
(Madenball).

Luisen-Theater
31. Reichsbergerstr. 31.
Abends 8 Uhr:
Kon. oder Genie und Leidenschaft.
Tanzspiel in 5 Akten nach dem französischen des Alexander Dumas (Vater) von Ludwig Barnay.
Freitag: Zum 2. Male:
Wildes Blut.
Lebensbild in 3 Akten von W. Schwab.
Hierauf: Zum 2. Male:
All Heil.
Schwank in 1 Akt von Leo Brez.
Sonntag, Nachm. 3 Uhr:
15. Schüler-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen:
Die Räuber. - Abends 8 Uhr:
Wildes Blut. Hierauf: All Heil.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen
Donnerstag: Geschlossen.
Freitag:
Guten Morgen Herr Fischer.
Sonntag: Geschlossen.

Urania
Taudenstr. 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Dr. Spies: Ueber Luftdruck
(Experimentalphysik IV).
Invalidenstr. 57/58:
Tagl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.
Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Nur noch kurze Zeit:
40 Krieger des Mahdi.
Im Theaterlokal von 6 Uhr ab:
Théâtre varié.

Castan's Panopticum.
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellschaft.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas
Schildebold's Engel.
Sollte mit Gesang in 4 Akten von W. Mannhardt. Musik von demselben.
Koupletts von Alfred Seidler.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater
Direktion: José Forenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnou und Stange.
Musik von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
Sonntag Nachmittag zu halben Preisen: Die schöne Helena.
Operette in 3 Akten von J. Offenbach.

Olympia
Spezialitäten-Theater
Karlsruh. (Circus Renz) Karlsruh.
Grosse Spezialitäten-Vorstellung zu volkstümlichen Preisen.
Gastspiel Josef Strohschneider.
Hanlon
Cleo Hanlon
die Adler der Lüfte.
Bergère-Quartett
und das übrige Solosolo
Spezialitäten-Programm.
Zum 142. Male:
Mene Tekel.
Nachten im ganzen Theater gehalten.
Parquet 1,25, Gallerie 30 Pf. etc.
Jeden Sonntag Nachm. 3 1/2 Uhr:
Dornröschen.
Preise wie bekannt. 1 Kind frei.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hütt.
Täglich: Grosses Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
mit reich wechselndem Programm.
Sonntag, den 4. Februar: Wiederholung des mit so grossem Beifall aufgenommenen: Karnavallistisch. Ulk-Abends mit neuen Ueberrassungen.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
(Mensel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)
Zum Schluss:
Frauen-Emanzipation
Reiches Ensemble von Messel.
Anfang 8 Uhr.
Entree (Saal durchweg) 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Logen 1 M., Orchesterlogen 1,50, Fremdenl. 2 M.
Tageskass. von 11-1 Uhr.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das neue grobhartige Februar-Programm.
Neu! Berliner Neu! Konfektionseusen.
Gesangsposte von W. Gerde. Riederer aus Kälau: Direktor Bröbel.
Durchweg neue Spezialitäten.
Felicitas-Truppe. Boo Sa. Gehrader Alfredo. Osadassan. Roberty Trio. Teo Pilotti. Marietta Berndt. Helene Voss.
Lebende Photographien, das Interessanteste der Kunstzeit.
Anfang 7 1/2. Sonntag 6 Uhr.
Billet-Vorv. Born v. 11-1 Uhr.

Apollo-Theater.
Direktion E. Waldmann.
10 neue Debuts.
Me. Carmen Faur
The black Troubadours
Mr. Segommer
Geschw. Alexia
!! Prolongiert !!
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Sonabend, den 4. Februar 1899:
Me. Yvette Guilbert.
Vorverkauf an der Theaterkasse von 10-1 Uhr u. beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Sensationell! Hochinteressant!
Neu! Neu!
Der beste Künstler der Jetztzeit
Carl Jørgensen,
unerreicht in seinem Bismarck-Jubiläum: Bismarck vom Jüngling bis zum Greise.
Großer Erfolg der urförmlichen Wasserposse
Die Kueippur.
Täglich wechselndes hochorig. Spezialitäten-Programm.
Anfang: Nachm. 7 1/2 Uhr.
Sonntag 6 1/2 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Mähr's Theater
Craniestr. 21.
Täglich Vorstellung.
Heute:
Venus für Paul Frey:
Gediegene Gesellschaft.
Schwank von Leopold G. Bedeutsame Gäste und das gesamte Personal.
Sonntag 6 Uhr.
Sond. haben Sonntagsg. Gültigkeit.

Quarg's
Spezialitäten-Theater,
im Grand Hotel Alexanderplatz.
Neues Februar-Programm!
Frieda Schwarz.
Louis Höhn.
Neues Bilderwerk des Micrograph etc.
Anfang 8 Uhr. - Sonntag 7 Uhr.
Avis! Die Fest- und Konzertsäle des Grand Hotel Alexanderplatz sind unter toulantischen Bedingungen zu Versammlungen, Privatfestlichkeiten etc. zu vermieten.

Moabiter Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80-81.
Jeden Sonntag:
Ball.
Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch:
Hippel's Stettiner
Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Passo-partouts haben Gültigkeit.
C. Peters.

Circus Busch
Donnerstag, 2. Februar 1899.
Zum 81. Male:
PERSIEN.
Besonders hervorzuheben: Mit über die hundert Fuss hohe Burgmauer. Außerdem: In der Tanzhalle! Soliquadrille, geiten von 6 Damen und 6 Herren auf 13 Schulpferden. Direktor Busch mit seinen neuen Reichthümlichkeiten: Bier Fische als Thurnspringer. Daniels als Schmelz-photograph. Der berühmte Schultzeiter Burkhardt-Footitt.
Morgen Abends 7 1/2 Uhr: **Persien.**
Die beste Cigarre
kaufen Sie bei
Binnböse, Schillingstr. 36.

Achtung! Genossinnen und Genossen! Achtung!
Donnerstag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
bei Kliem, Hafenhaide Nr. 14/15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin **Klara Zetkin** (Stuttgart) über: Die neue Militärvorlage und die Frauen. 2. Diskussion.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht 1/9 Die Vertrauensperson.

Freie Volksbühne.
Sonntag, den 5. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr: **6. Abtheilung** (grüne Karten) im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater:
Wallenstein's Tod.
Meldungen neuer Mitglieder müssen bis spätestens Freitag Abend in einer Zahlstelle des Vereins erfolgen. - Nach Aufnahme durch den Vorstand erhalten die neuen Mitglieder ihre Karte, welche 2 Mark an 65 Pf. in Rubrik I und VI (Januar) enthalten muss. - Die Verlosung der Plätze beginnt um 2 Uhr. Die Mitglieder werden dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen.
Sonntag, den 12. Februar: I. Abtheilung im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater: **In Behandlung.** Von Max Dreyer.
Regie: Herr Ober-Regisseur A. Stehnert.
Sechsmaliges Gastspiel von Frau Frasch-Grevenberg vom Berliner Theater.

Andreas - Festsäle
Andreasstr. 21. (Inh.: Carl Stechert.) Am Andreasplatz.
Neu! Jeden Freitag: Neu!
Ziegler-Konzert
Elite-Vokal-, Instrumental-, Solisten- und Orchester-Vereinigung unter Direktion des Opernsängers Herrn Bernh. Ziegler und unter Mitwirkung eines hervorragenden Solo-Schauspiel-, Soubretten- und Humoristen-Ensembles. (783L)
Anfang 8 Uhr. Entree 25 Pf.
Nach Schluss des Konzerts: Familienkränzchen.

Freitag, den 3. Februar 1899, Abends 8 1/2 Uhr:
Öffentl. Volks-Versammlung
im Saale der „Harmonie“, Invalidenstr. 1a (Ecke der Brunnenstr.).
Tages-Ordnung:
Der Arbeiterklub im Reichstag. Ref.: Redakteur v. Gerlach.
Darauf: Freie Auslese. 4978
Jedermann ist eingeladen.
Der Einberufer: Chr. Tischendörfer.

Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter.
Öffentliche Versammlung
am Sonntag, den 5. Februar er., Mittags 12 Uhr, im Deutschen Kirchshaus in Misdorf, Bergstr. 137.
Tages-Ordnung:
Unsere gegenwärtige Lage und wie können wir dieselbe verbessern? Der Vertrauensmann der Holzarbeiter.
77/5
Sonntag, den 5. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr:
Große öffentliche
Versammlung der Kupferschmiede Berlins
in Feind's Salon, Welnustr. Nr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, und wie man dieselbe sein. 2. Bericht über den Stand des Dispositionsfonds. 3. Wahl von drei Keusoren. 4. Bericht des Gewerkschaftsdelegierten. 4. Serchledenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Einberufer.

Männer!
Morgen, Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, in Niess's Saal, Weberstr. 17, spricht prakt. Naturheilkundiger
Grundmann über:
Geschlechtsleiden.
Der Vortrag wird an Lichtbildern erklärt und ist für jeden Mann sehr wichtig.
Für 20 Pf. Eintritt eine Proschüre.
Berliner Naturheilverein C., Magazinstr. Nr. 17.
Sprechst. 11-2, 6-8. Sonntag 11-12.

Schonung der Pferde
Sicheres Fahren u. Reiten
auf glatten Wegen (Eis, Schnee, Asphalt, Holz etc.) kann nur erreicht werden durch Benutzung der
Hufeisen-H-Stollen (Patent-Neuss)
Stets scharf! Kronentritt unmöglich!
Um vor werthlosen Nachahmungen zu schützen, ist jeder einzelne unserer H-Stollen mit nebenstehender Schutzmarke versehen, worauf man beim Einkauf achten wolle.
Preislisten und Zeugnisse gratis u. franco.
Patent-Inhaber und alleinige Fabrikanten:
Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Große Oxya-Theater-Vorstellung
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Nach der Vorstellung: **Tanzfränzchen.**

Großer Möbelverkauf
Craniestr. 73. an der Kommandantenstr. (früher Schützenstr. 2), in welchem vier Etagen hohen Fabrik-Gebäude, großes Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und hübsche Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Anzwingung mein kolossales Lager vor Eintauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Katalogetext gratis und franco. Durch größere Waareneinfäufe und Erparung der theuren Waarenerlöse bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Mark, hochelegante von 500-5000 Mark zu liefern. Fertige Wurzelmöbel zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Zeitzahlung unter den toulantesten Bedingungen. Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorateurwerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Purpur-Möbelstück als Zugabe. Kleiderständer 18, Waschtisch, Küchenständer 18, Kommode 15, Spiegel 7, Rutschkleiderständer 35, Sopha 25, Bettstelle mit Matratze 18 M., Ausbaum u. Mahagoni fouraerte Kleiderständer, Berlinstr. 32 M., Rutschbettstelle mit Sprungfederboden 40, elegante Säulenträumeur 45 M., Salongarnitur 60, 75 und 105 M., Paneeleloppas mit Sattelstühlen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeputztes Buffet 100 M. In ganz billigen Preisen werden die großen Borräthe vertrieben. Gewissen, zum Heil sehr wenig denutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglich Eingang gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel. Verkaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Werkstätte in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb.

Deutscher Porter
Deffert u. Nalzkraftler 1. Rang. Brauerei Varghalter, geg. 1736.
Besond. für Blutarme, Brustkranke, Weiblich, Blüthen, Nerven etc. d. leicht bekömmlich, nahrhaftigste Bier. - In blutbild. besch. best. Geschicht u. Gewichtszunahme. Abert. 14 Pf. drei, 50 Pf. ein M. erst. In Geb. 1/2, 1/4.
zum Selbstbrennen, wesentlich billiger. Klein. Versandt für Berlin u. Prov. Vertreter: **Kingler, Berlin, Brunnenstr. 152.** Ferner gr. Lager von echt engl. Porter und Pale-Ale. Nicht Falschgezahl. Dual entscheidet!

Große Betten 12 M.
(Überbet., Unterbet., zwei Betten) mit gereinigtem neuen Federen bei **Gutted Füllig, Berlin S., Prinsensmole 40.** Preisliste behälter. Viele Anerkennungs-schreiben.
D. Wurzel & Co.,
Drangelstr. 17.
Ecke Mantelstr. 17.
Wäsche ausschließlich eigenes Fabrikat. Spezialität: **Arbeiter-Verfärbung:** Blau Cooper-Jacken Nr. 1, 95, feigend je Größe um 10 Pf., blau Cooper-Jacken, in allen Größen, Nr. 1, 95. Arbeiterhemden, Blousen, Malerhittel und Wollenshemden.
D. Wurzel & Co.,
8149* Drangelstr. 17.

Süddeutscher Bock.
Der Anstich beginnt
Sonntag, den 4. Februar,
in unseren sämtlichen Ausschanklokalen.
Süddeutsche Brauerei Carl Kintz & Co.
Aktiengesellschaft.